

Die sog. Weltfinanzkrise als Gesprächsthema für Freiheit¹ und Marktwirtschaft;

insbesondere im weitesten Bekanntenkreis.

Meine Diskussionsgrundlage ist dabei meist der Vergleich „1929 und Folgejahre mit der gegenwärtigen Situation“, und ich bewege mich dann im Rahmen von:

**DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT:
DAS GESCHEITERTE DEUTSCHE NEOLIBERALE PROJEKT²**

Ist es richtig oder falsch, mit Andersdenkenden die Freiheitsidee auf dieser Basis zu diskutieren?

Nachfolgend die Eckpunkte, welche bei mir in solchen Gesprächen i. d. R. den Rahmen bilden: richtig oder falsch?

Impuls-Vortrag, Bonn 15. Juni 2011

von Hubert Milz, Eschweiler

¹ Dabei wird von mir „Freiheit“ vorab in Anlehnung an Hayek als „Abwesenheit von hoheitlichem Zwang“ formuliert, um direkt von Anfang an der Formulierung „Abwesenheit von Zwängen“ gem. Rawls aus dem Weg zu gehen.

² Das neoliberale Projekt: in Anlehnung an Alexander Rüstow, dessen Buch „Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus. Das neoliberale Projekt“ 1945 im türkischen Exil erschien. Eine kommentierte Neuauflage der 2. Auflage von 1950 erschien 2001 im Metropolis-Verlag.

Wie sich die Zeiten gleichen

Ab 2007/08, also seit Beginn der sog. Weltfinanzkrise, lese oder höre ich allerorts, dass solche Krisen;

- der Marktwirtschaft inhärent sind,
- ein ungezügelter Kapitalismus verursache,
- durch die Gier der Manager – insbesondere des Finanzsektors – bedingt sind,
- das Ende der Marktwirtschaft, des Kapitalismus einläuten.

usw. usf. In der veröffentlichten Meinung wird oftmals kein gutes Haar an der Marktwirtschaft bzw. am Kapitalismus gelassen. Politiker wie Heiner Geißler fallen in einer inkompetenten / ignoranten Art und Weise von „Ordo-Liberalismus“ und „sozialer Marktwirtschaft“ als Gegenentwurf zum Kapitalismus, dass sich mir der Magen umdreht. Ebenso schwer ist das Gerede der deutschen Bischöfe³ zum Thema „soziale Marktwirtschaft“ als dritter Weg zwischen Kapitalismus und zentraler Planwirtschaft zu ertragen. Täglich grüßt das Murmeltier mit unerträglicher Ignoranz und schlägt auf die Neoliberalen ein – aus dieser Ecke, der Spezies von Lafontaine bis Attac hin zu den Neosozialisten in allen Parteien und Interessengruppen, ist Neoliberalismus ein beleidigendes Schimpfwort, und die Vertreter des Neoliberalismus sind die „Sündenböcke“ für „Alles und Jedes“⁴.

Geht man weit in die Vergangenheit zurück, zu 1929 und den Folgejahren, dann wird man fast die gleichen Stellungnahmen bzw. Vorwürfe lesen. Vor allem auch, dass die Ökonomen versagt haben sollen, da keiner von ihnen die Krisen habe kommen sehen. Aber sehr wohl haben die Vertreter der „Wiener Schule der Ökonomie“ in den Jahren vor 1929 gewarnt, ebenso gaben die Ökonomen der „Wiener Schule“ vor der sog. Weltfinanzkrise Warnungen heraus – vielfache und ernste Warnungen.

Auch von Personen, die sich selbst als Liberale bezeichnen, hört und liest man die o. g. Äußerungen – damals wie heute. Einig ist sich die erdrückend überwiegende Anzahl der Meinungsverkünder, dass der Markt durch einen starken Staat gebändigt werden muss, dies war 1929 so und ist heutzutage nicht anders. Anscheinend hat sich nichts geändert, die freie Marktwirtschaft ist für den überwiegenden Teil der Menschen „Staatsfeind Nr. 1“. Negiert wird ganz einfach, dass es deftige Warnungen gab, aber diese Warnungen sprachen und sprechen von Staatsversagen – keineswegs von einem Marktversagen.

Neoliberalismus

In meinem weiteren persönlichen Umfeld wird Neoliberalismus⁵ – wie o. g. dem heutigen Zeitgeist entsprechend – wie ein beleidigendes Schimpfwort benutzt. Oftmals wird dann das Bild der „sozialen Marktwirtschaft“ beschworen; zu dieser Konzeption solle Deutschland zurückkehren und sich dazu bekennen. „Soziale Marktwirtschaft“ stehe

³ Z. B. wirkt Bischof i. R. Wolfgang Huber besonders schlimm auf mich.

⁴ Mich erinnert dies stets beklemmend an den alten Antisemitismus. Damals waren die Juden die „Sündenböcke“ für Alles und Jedes: für Kulturverfall, für Liberalismus, für Sozialismus/Kommunismus und für Marktwirtschaft/Kapitalismus.

⁵ Ebenso auch klassischer Liberalismus, Kapitalismus, freie Marktwirtschaft usw.

doch für „soziale Gerechtigkeit“⁶, für einen „gebändigten Kapitalismus“, „für ein soziales Klima“ und ähnliches.

Wenn ich dann in solchen Gesprächen anmerke, dass die „soziale Marktwirtschaft“ das wirtschaftspolitische Konzept der deutschen Neoliberalen, welche seit den 1950er Jahren wegen ihres Jahrbuches „Ordo“⁷ als Ordoliberaler bezeichnet wurden, ist, dann ernte ich entsetzte Blicke und Abwehr: Dies kann und darf nicht sein, die „soziale Marktwirtschaft“ ist doch etwas „Soziales“ und kann schon deshalb kein Projekt des Neoliberalismus sein – unmöglich!

Oft sind solche Gespräche wenig fruchtbar. Eigentlich hören nur Techniker, Ingenieure oder Naturwissenschaftler zu, sind aufgeschlossen gegenüber diesen für sie ungewohnten Ansichten und blocken nicht gleich ab. Bei diesen Gesprächen gehe ich dann zurück in die 1930er Jahre und zeige, dass selbst liberal denkende Ökonomen damals der Ansicht waren, dass der „Laissez faire et laissez passer“-Liberalismus komplett versagt habe und wesentliche Schuld an Krisen, wie der Weltwirtschaftskrise, zu tragen habe. Solche Ökonomen sahen die Lösung in einem neuen Liberalismus, beispielhaft kann ich dann Alexander Rüstow⁸ nennen.

Z. B. Rüstows Vortrag „Freie Wirtschaft - starker Staat“ im September 1932 vor dem „Verein für Socialpolitik“ in Dresden zeigte den grundsätzlichen Ansatz, den er und seine Mitstreiter zukünftig verfolgen würden. Ihre Anliegen:

- Durch ein Aufbrechen der Konzentration der Vermachtung und damit der Unterdrückung der Schwachen entgegenzuwirken.
- Den Staat nicht zur Beute von Partikularinteressen, die letztlich freiheitsfeindlich sind, werden zu lassen. Der Staat solle kein schwacher Staat sein: Schwach, weil er dann „total“ werde, wenn er sich in Kleinigkeiten verzettele und alles und jedes Detail regeln wolle und somit zum „Beutestaat“ für starke Interessengruppen verkomme.
- Die Freiheit vor dem marktwirtschaftlichen Deismus zu schützen. Die Freiheit werde schon durch den Glauben an eine prästabilisierte, göttliche Harmonie der Freiheit gefährdet. Deshalb benötige die Aufrechterhaltung der Freiheit ein ganzheitliches, soziologisch eingebettetes Regelsystem. Nur dann wäre der Satz von Adam Smith „Durch Recht und Staat blühen all die verschiedenen Tätigkeiten“ zu realisieren.
- Durch die mangelhafte Wehrhaftigkeit des praktizierten alten Liberalismus sei dies ab dem späten 19. Jahrhundert nicht mehr gewährleistet worden und der Staat zur Beute von Partikularinteressen verkommen. Rüstow sagte 1932 in Dresden „Der neue Liberalismus, der heute vertretbar ist und den ich mit meinen Freunden

⁶ Wobei mir bisher niemand meiner Gesprächspartner eine allgemeine Definition hat geben können, wenn ich frage: „Was ist denn nun eigentlich ‚soziale Gerechtigkeit‘?“ Ich ernte dann meistens nur sehr dumme Gesichter und hilfloses Gestammel.

⁷ Zum Ganzheitlichen des „mittelalterlichen Ordo“ siehe z. B. Gässler, Gregor Fidelis: Der Ordo-Gedanke unter besonderer Berücksichtigung von Augustinus und Thomas von Aquino. Sankt Augustin 1994.

⁸ Neben Alexander Rüstow zählt man für Deutschland z. B. Wilhelm Röpke, Franz Böhm, Walter Eucken, Adolf Lampe, Hans Großmann-Doerth, Constantin von Dietze, Leonhard Miksch, Otto Veit und Goetz Briefs zu diesem Kreis.

vertrete, fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessen, da, wo er hingehört.“

Um die Aktualität bzw. die Parallelen von damals und heute zu zeigen, folgt ein Zitat von Alexander Rüstow aus dem „Deutschen Volkswirt“ aus dem Jahre 1932:

„Wenn Kapitalverluste drohen oder eintreten, springt man mit Staatsgarantien ein oder füllt aus öffentlichen Mitteln auf. Da die Strukturveränderungen, denen man auf diese Weise entgegenwirken will, gewöhnlich nicht stehenbleiben, sondern sich fortsetzen, muss man immer von Neuem und immer schärfer in der gleichen Gegenrichtung eingreifen, um die beabsichtigte Wirkung zu erzielen. Außerdem gewöhnen sich die Interessenten rasch an diese Nachhilfe. Der Appetit kommt beim Essen, und so ergibt sich jene Schraube mit dem schlimmen Ende, an dem wir jetzt angelangt sind.“

Parallel zu den deutschen „neuen Liberalen“ versuchten in Österreich die Vertreter der „Wiener Schule der Ökonomie“ die Revitalisierung liberalen Gedankengutes⁹. Dabei sahen und sehen die „Austrians“ in der sog. Weltwirtschaftskrise kein Marktversagen, kein Versagen des „Laissez faire et laissez passer“, sondern vielmehr ursächlich ein eklatantes Staatsversagen. Die „Austrians“ haben m. E. hier eine starke Position; denn mittels der durch Ludwig von Mises begründeten monetären Konjunkturtheorie konnten die „Austrians“ schon lange im Vorfeld des „schwarzen Donnerstag“ vor der Weltwirtschaftskrise warnen¹⁰. Vor den vielen absehbaren ökonomischen und sozialen Kalamitäten haben in den letzten rund 100 Jahren stets die Ökonomen der „österreichischen Schule“ gewarnt. Wie Robert Grözing¹¹ dies sagte: Die „Austrians“ sind die modernen Kassandras. Gregor Hochreiter z. B. hat (Institut für Wertewirtschaft) gezeigt, dass man anhand des sog. „Hayek’schen Dreiecks“¹² die „monetäre österreichische Konjunkturtheorie“ auch empirisch gut belegen kann.

Auch in anderen Staaten (Großbritannien, USA, Frankreich, Italien etc.) versuchten die wenigen verbliebenen Liberalen das liberale Gedankengut am Leben zu halten – also ähnlich wie heute, nur heute sind die liberalen Denker schon etwas besser organisiert → MPS, Hayek-Gesellschaften und mehr. In den 1930er Jahren mussten erste Anfänge von organisatorischen Schritten zunächst einmal realisiert werden: 1938 kam es dann zu einer Versammlung von noch verbliebenen Liberalen in Paris, zum „Colloque Walter Lippmann“; hier schlug Alexander Rüstow den Begriff „Neoliberalismus“ vor, der die Anliegen und Anschauungen der dort Versammelten repräsentieren sollte. Auf diesen

⁹ Klausinger, Hansjörg (Hrsg.): Machlup, Morgenstern, Haberler, Hayek und andere. Wirtschaftspublizistische Beiträge in kritischer Zeit (1931-1934). Marburg 2005.

¹⁰ Z. B. Ludwig von Mises 1928 über das österreichische Konjunkturforschungsinstitut; Felix Somary hat – soweit ich mich erinnere – schon 1925 mit Blick auf die FED-Politik vor einem Crash der New Yorker Börse gewarnt. Leider habe ich die Quelle nicht mehr gefunden – entweder irgendwo bei Röpke oder in den Erinnerungen Somarys.

¹¹ Robert Grözing: Let’s have a Tea Party in the USA: Bürgerbewegung rechtsherum. Eigentümlich frei, Ausgabe 104 bzw. derselbe ähnlich oftmals in ef-online, z. B. 27.10.2010.

¹² Erstmals 1930 in einer Vortragsreihe vor der LSE, siehe: Hayek, Friedrich August von: Preise und Produktion. Springer Verlag 1976 (Nachdruck der 1. Auflage von 1931).

„Markennamen“ einigten sich die Teilnehmer schließlich, trotz mitunter erheblicher Differenzen bei den Vorstellungen und Konzepten der Tagungsteilnehmer¹³.

Die deutsche neoliberale Konzeption

Die „soziale Marktwirtschaft“¹⁴ war die deutsche neoliberale wirtschaftspolitische Konzeption, gegen planwirtschaftliche Vorstellungen und Praktiken.

Entwickelt wurden die Konzepte während der 12 Jahre der braunen Sozialisten und in den ersten Nachkriegsjahren. Dass die Konzepte unvollständig und in Teilen wie ein Fragment wirken, ist vielleicht verständlich, denn in den 12 braunen Terrorjahren ging es in den Widerstandskreisen (z. B. im Bonhoeffer-Kreis) vorrangig um andere Dinge und in den ersten Nachkriegsjahren um handfestes Zupacken, damit Not und Elend überwunden wurden. Hinzu kommt, dass Hans Großmann-Doerth 1944 den Kriegsverletzungen erlag, Adolf Lampe schon 1948 an den Folgen der Gestapo-Haft verschied, Walter Eucken unerwartet 1950 auf einer Vortragsreise in London starb und ebenfalls 1950 der eventuelle Eucken-Nachfolger Leonard Miksch kurz nach Eucken verstarb, so dass wir deshalb auch nichts über die weiteren Handlungen dieser Gruppe wissen können.¹⁵

Wie schon aus den o. g. Zitaten von Alexander Rüstow hervorgeht, wollten die deutschen Neoliberalen so etwas wie einen „starken Minimalstaat“, der über den Einzelinteressen steht. Dieses Staatsbild wurde verschiedentlich als „autoritärer Liberalismus“¹⁶ und als „autoritäre Staatskonzeption“¹⁷ kritisiert.

Dreh- und Angelpunkt des Konzeptes ist der Wettbewerb, besser gesagt, Sorge tragen für eine funktionierende Wettbewerbsordnung, die Vermachtungen u. ä. nicht aufkommen lässt. Daher auch Franz Böhms Bemerkung, dass Wettbewerb das genialste Entmachtungsinstrument der Geschichte ist.

Erreichen wollten dies die deutschen Neoliberalen durch eine Zweiteilung der Wirtschaftspolitik in:

- Ordnungspolitik
und

¹³ Teilnehmer waren u. a. Raymond Aron, Roger Auboin, Louis Baudin, Auguste Detœuf, Friedrich August von Hayek, Bruce Hopper, Bernard Lavergne, Walter Lippmann, Étienne Mantoux, Robert Marjolin, Louis Marlio, Ernest Mercier, Ludwig von Mises, André Piatier, Michael Polanyi, Wilhelm Röpke, Louis Rougier, Jacques Rueff, Alexander Rüstow, Alfred Schütz. Man sagt, dass das Protokoll des Colloque sich liest wie eine aktuelle Diskussion aus 2009.

¹⁴ Der Begriff wurde von Alfred Müller-Armack geprägt und erstmals verwandt in seinem Aufsatz „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ (Hamburg 1946), wiederabgedruckt in: Ausgewählte Werke, Bern 1976 – Band: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik.

¹⁵ Walter Oswalt schildert aus seiner Sicht in seinem Nachwort zu Eucken, Walter: Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung. Münster 2001, wie Walter Eucken wohl weiter vorgegangen wäre, doch ist dies eine sehr persönliche Interpretation von Walter Oswalt. Euckens Frau und seine Mitarbeiter – z. B. Karl Paul Hensel – sahen dies anders, m. E. schon durch die Form der posthum-Herausgabe der „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ Euckens belegt.

¹⁶ Wilhelm Haselbach schon im Titel seiner Habilitationsschrift: Autoritärer Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft – Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus. Baden-Baden 1991.

¹⁷ Z. B. von Gebhard Kirchgässner (1988) und eigentlich auch schon von Karl Raimund Popper (1946/50), der festhielt, dass innerhalb solcher Systeme die Wissenschaftler die gleiche nicht zu bewältigende Aufgabe haben würden, wie Platons Philosophen-Könige.

- Prozesspolitik¹⁸

Die Ordnungspolitik soll den Rahmen für Wirtschaft und Gesellschaft setzen, mittels der Ordnungspolitik sind die allgemeinen Regeln zu setzen, innerhalb derer die Menschen frei, selbständig und selbstbestimmend ihren Interessen nachgehen können. Ludwig Erhard formulierte z. B.:

„Die stärkste Stütze einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist der Wille der Individuen, sich die Freiheit ihrer Lebensführung zu bewahren und sich nicht in allen Lebensäußerungen schablonisieren, uniformieren und kollektivieren zu lassen.“¹⁹

Die wesentlichen *Eckpunkte der Ordnungspolitik* der deutschen Neoliberalen, hier insbesondere angelehnt an Walter Eucken, der diese in seinen Grundsätzen herausarbeitete²⁰, sind:

- Die Regeln so zu setzen, dass ein funktionsfähiges Preissystem gewährleistet ist. Ein Preissystem, welches seiner Aufgabe als Signalwirkung für die Wirtschaftsrechnung nachkommen kann und somit unverfälschte Informationen für die Wirtschaftspläne der einzelnen Wirtschaftssubjekte liefern soll. Ein funktionierendes Preissystem gilt als „A und O“ einer funktionstüchtigen Wettbewerbsordnung.
- Der Marktzugang auf nationalen und internationalen Märkten soll nicht beschränkt sein, sondern jedermann frei zugänglich sein, der in irgendeiner Form unternehmerisch tätig werden will.

Insbesondere die Politik habe den freien Handel nicht einzuschränken, die Märkte nicht abzuschotten, irgendwelchen Gruppen keine Privilegien einzuräumen usf., damit die wohlstandssteigernden Effekte der nationalen und internationalen Arbeitsteilung zum Tragen kommen, gerade auch für ärmere und arme Bevölkerungsteile.

Auch solle die Politik nicht versuchen, selbst den Unternehmer zu spielen, sondern dieses Feld privaten Unternehmern überlassen. Nur dann sollen „öffentliche Unternehmungen“ auftreten, wenn private Unternehmen nicht tätig werden wollen oder können (Bereitstellung öffentlicher Güter).

¹⁸ Wobei schon die Positionen bei der „Prozesspolitik“ bei manchen Vordenkern m. E. stark nach dem riechen, was von Hayek „Anmaßung von Wissen“ nannte, was die nachfolgende praktische Prozesspolitik regelmäßig ist ; Hayek, Friedrich August von: Neue Freiburger Studien. Tübingen 1996,

¹⁹ Zitiert nach Kromka, Franz: Markt und Moral: Neuentdeckung der Gründerväter. Grevenbroich 2008. Prof. Kromka reflektiert das umfangreiche Werk der Vordenker (Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, Alfred Müller-Armack, Walter Eucken, Ludwig Erhard und Franz Böhm) der „sozialen Marktwirtschaft“, dabei werden den Lesern einige Punkte sehr aktuell erscheinen, während manche Dinge auf verschiedene Leser wohl altbacken, überholt und altmodisch wirken werden.

Nichtsdestotrotz, der Autor bietet den Lesern in einem dichten Text eine hervorragende Zusammenschau über Motive und Ziele der o. g. Vordenker. Prof. Kromka zählt nicht nur die Ideen der „Gründerväter“ auf, sondern in gewisser Weise entwickelt er diese Thesen auch weiter.

²⁰ Zur Ordnungspolitik siehe z. B.: Eucken, Walter: Ordnungspolitik. Münster 1999; Hensel, Karl Paul: Grundformen der Wirtschaftsordnung. München 1978; Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen 1952.

Zur Prozesspolitik siehe: Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen 1952. Auch Karen Ilse Horn, die den Anspruch und die Schwierigkeiten der Prozesspolitik im Rückblick schildert – m. E. zu positiv, Horn, Karen Ilse: Soziale Marktwirtschaft. Frankfurt/M. 2010.

- Die Währungspolitik und das Geldmonopol sind in die Hände des Staates zu legen, die Zentralbank des Staates soll für stabiles Geld sorgen, Deflation und Inflation seien gleichermaßen ungerecht und zu vermeiden²¹.
- Das Recht auf Privateigentum.

Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow betrachteten Eigentumsbildung auf breiter Basis als eine Grundvoraussetzung der Freiheit, da Menschen, die ihr Eigentum pflegen, vermehren und hegen, unabdingbar notwendig sind; denn solche Bürger sind fähig, der Obrigkeit in selbstbewusster Unabhängigkeit und Freiheit gegenüberstehen zu können, den Behörden sozusagen auf Augenhöhe zu begegnen²². Hier begegnen sich deutsche Neoliberale und die katholische Soziallehre²³, denn auch die großen Enzykliken „Rerum Novarum“ und „Quadragesimo anno“ sprechen zwar von der Verpflichtung des Eigentums, heben aber gleichzeitig auch die Unantastbarkeit des Eigentums hervor. Niemand dürfe einen anderen Menschen dazu zwingen, dass dieser sein Eigentum zum Wohle der Gemeinschaft verwendet. Eine „Zwangsethik“ wurde explizit ausgeschlossen und die Wichtigkeit von Eigentum und Eigentumsbildung wurden betont, weil gerade Eigentum unabdingbar

²¹ Als Anhänger der „Wiener Schule der Ökonomie“ bin ich anderer Ansicht, insbesondere zur verkürzten Sicht von Inflation (= ein allgemeines Steigen der Preise auf breiter Front) und Deflation (= ein allgemeines Fallen der Preise auf breiter Front).

²² Deshalb ist es mir unverständlich, dass Alexander Rüstow nichtsdestotrotz im Rahmen der sog. Chancengleichheit auch ein Verfechter konfiszierender Erbschaftssteuern war. Dieses Steueraufkommen würde letztendlich zur Konzentration von kaum begrenzter Macht in der Hand der Regierenden führen, siehe z. B. Hegner, Jan: Alexander Rüstow. Kornwestheim 2000.

²³ Dies erwähne ich besonders, wenn katholische Christen am Gespräch teilnehmen, insbesondere falls diese durch das kleine sozialistische „Gegen-Lehramt“ in Tübingen geprägt sind. Mitunter gehe ich dann in der Soziallehre zurück bis zur Hoch-Scholastik und spanischen Spätscholastik, dann gebrauche ich ähnliche Muster wie in meinem Kommentar zur Sozialenzyklika „caritas in veritate“ (<http://www.forumordnungspolitik.de/newsroom/gastbeitraege/689-die-liebe-in-der-wahrheit-die-sozialenzyklika-caritas-in-veritate-armut-not-und-elend-fuer-alle-weltweit>). Zitiere auch Hugo Rahner wie folgt „Die Kirche ist das unsterbliche Nein gegen jeden Staat, der sein endgültig beglückendes Reich auf dieser Erde allein bauen will.“ Es passiert dann nicht selten, dass das Gespräch schon an dieser Stelle beendet ist, insbesondere dann, wenn ich auch noch Nicolás Gómez Dávila zitiere, z. B.: „Die sterbenden Gesellschaften häufen Gesetze an wie die Sterbenden Heilmittel“.

Ähnlich verläuft dies mit evangelischen Christen, welche Betroffenheitsethiker in der Art von Frau Käßmann sind. Wenn ich solchen Leuten auf Basis der Analysen des calvinischen Theologen-Ökonomen Gary North, der Arbeiten von James Redford, der Werke von Clive Staples Lewis oder Artikeln von Paul Green, zeigen will, dass ihre Betroffenheitsethik keineswegs eine biblisch-christliche Grundlage hat, dann ist nicht selten das Gespräch als Folge persönlich-beleidigender Angriffe vorbei.

Bei „modernen Spießbürgern“, die meinen, zu abgeklärt und aufgeklärt für Religiöses zu sein, läuft dies nicht viel anders, wenn ich bemerke, dass deren Staatsgläubigkeit und Demokratieverständnis nur eine zivile Ersatzreligion ist und Gilbert Keith Chesterton sehr weise war, als er sagte, »dass der moderne Spießbürger nicht ein Mensch ist, der an nichts glaubt. Oh nein, dieser Spießbürger glaubt an alles! Der „moderne, aufgeklärte, fortschrittliche, objektive, wertfreie, intelligente“ Mensch (der neue Spießbürger) hat seine „Konfessionslose Religion“, die aber ein Gebräu aus zahlreichen Essenzen, Ingredienzien und richtigen Rauschmitteln höchster Irrationalität ist. Da gibt es den Köhlerglauben an den „Fortschritt“, die naiven Hoffnungen auf die Wunder von Wissenschaft und Technik, das kindliche Vertrauen auf den Menschen, eine naive Anbetung des Prinzips der Mehrheitsherrschaft (sehr krasses Beispiel: Heiner Geißler, der 1982 beim Misstrauensvotum im Brustton der Überzeugung von sich gab, dass dieses Hohe Haus [= Bundestag] niemals falsch entscheiden könne; H.G. und andere passionierte Ignoranten verdrängen leicht die Tatsache, dass 1933 die braunen Sozialisten durch das Verhältniswahlrecht sehr demokratisch-parlamentarisch ans Ruder gekommen sind) und die treuherzige Überzeugung, dass die Wahrheit immer über die Lüge siegen wird; dies alles noch gewürzt mit den moralisierenden Gemeinplätzen der guten, alten Zeit (also noch von dem Geruch zehrend, den eine leere Flasche ausströmt)« [deutsch nach Erik von Kuehnelt-Leddihn].

notwendig sei, damit die Bürger der Obrigkeit selbstbewusst, unabhängig und frei gegenüberstehen können.²⁴

Walter Eucken plädierte auch für Eigentum und Eigentumsbildung, aber für ihn hatte Eigentum m. E. grundsätzlich dienenden Charakter. Das Eigentum habe immer dem Wohle der Gemeinschaft zu dienen. Ein Verzehren (also Vernichten) des Eigentums wollte Eucken unterbunden sehen. Eucken sah Eigentum und Eigentumsbildung als Motivation an, um unternehmerisch tätig zu sein, bzw. um den Respekt vor dem Eigentum anderer Menschen zu stärken; denn Gemeineigentum wirke i. d. R. negativ auf das menschliche Verhalten²⁵.

- Die Vertragsfreiheit, das selbstgeschaffene Recht der Wirtschaft, wie Hans Großmann-Doerth dies nannte.

Vertragsfreiheit ist unabdingbar notwendig, da Wettbewerb nur funktionieren kann, wenn die Entscheidungen freiwillig und dezentral getroffen werden. Unternehmen handeln untereinander die Geschäfte einmütig und einvernehmlich aus und gießen diese Vereinbarungen in Verträge. Der Staat habe sich in die Vertragsgestaltungen nicht einzumischen, er dürfe nur den allgemeinen rechtlichen Rahmen setzen und den neutralen Schiedsrichter bei Vertragsstreitigkeiten spielen. Eine Einschränkung von diesem Grundsatz besteht z. B. darin, dass Verträge nicht geschlossen werden dürfen, um die Vertragsfreiheit einzuschränken oder gar abzuschaffen, ebenso sind wettbewerbsschädigende Verträge zu unterbinden.

Schon Adam Smith stellte 1776 die Unternehmer unter einen derartigen Generalverdacht, dass sie durch Verträge etc. den Wettbewerb und die Vertragsfreiheit bei jeder sich bietenden Gelegenheit einschränken würden. Adam Smith sprach davon, dass schon ein gemeinsames Frühstück von Kaufleuten eine Verschwörung gegen die Gesellschaft sei.²⁶

- Wer unternehmerisch tätig ist, der trägt auch das Risiko: Haftungsprinzip.
Beim Scheitern haftet der Unternehmer als Eigentums-Unternehmer mit seinem kompletten Kapital. Keinesfalls sollten beim Scheitern staatliche Hilfen gewährt werden, „bail outs“ darf es nicht geben.
Der bevorzugte Blick auf den typischen Eigentums-Unternehmer ist wohl der wesentliche Grund, warum die deutschen Neoliberalen den Rechtsformen der Aktiengesellschaft oder GmbH eher skeptisch begegnen²⁷. Hier sind vor allem Röpke und Rüstow zu nennen, die eine Ordnungspolitik (Vitalpolitik bei Rüstow) zur Stärkung von Handwerk, Klein-/Mittelgewerbe und bäuerlicher Landwirtschaft, die im ursprünglichen Bauerntum verhaftet ist, forderten.
- Die Wirtschaftspolitik soll Konstanz aufweisen, dadurch berechenbar sein und im Dienste der vorgenannten Eckpfeiler der Ordnungspolitik stehen.

²⁴ Selbst der Sozialist Proudhon sah dies ähnlich, denn er vermerkte, dass Eigentum einerseits Diebstahl sei und andererseits das einzige Mittel, was die Freiheit dem Herrschaftsanspruch des Staates entgegensetzen könne. (Zitiert nach Blankertz, Stefan: Politik der neuen Toleranz. Wetzlar 1988). Allgemein geläufig ist nur die verkürzte Form der Äußerung Proudhons „Eigentum ist Diebstahl“.

²⁵ Euckens öffnete den „Wohlfahrtsstaatlern“ m. E. Tür und Tor – „Wer legt fest, was Gemeinwohl ist?“

²⁶ Adam Smith: Der Wohlstand der Nationen. München 1978.

²⁷ Sehr scharf formuliert diese Skepsis Walter Oswalt in seinem Nachwort zu Eucken, Walter: Ordnungspolitik. Münster 1999. Siehe auch die dortigen skeptischen Gutachten von Eucken.

Die *Prozesspolitik*, mit deren Hilfe die Politik dem Marktgeschehen nachhelfen soll bzw. das Marktergebnis nachbessern soll:

- Mittels der Wettbewerbspolitik soll die Vermachtung innerhalb der Wirtschaft unterbunden werden.

Es ging hier in erster Linie um gezielte Maßnahmen gegen Monopole und Kartelle; Machtpositionen dieser Art sind gem. Eucken und Böhm zu verhindern, da diese der Wohlstandsmehrung schaden. Somit ist Wettbewerbspolitik i. S. v. Eucken und Böhm eine einheitliche Wirtschafts- und Rechtspolitik.²⁸

- Der Wettbewerbspolitik nachgeordnet, also zweitrangig, sahen Eucken und Böhm die Möglichkeit zur Umverteilung von Einkommen durch die Politik.

Korrekturen am Einkommen, welches durch die Marktprozesse erzielt wird, wurden als Aufgabe einer staatlichen Verteilungspolitik, die als Ziel die Hebung der verfügbaren Geldmittel für ärmere Volksschichten habe, mehrheitlich von den deutschen Neoliberalen als zulässig²⁹ angesehen.

- Die Politik soll dafür Sorge tragen, dass einzelwirtschaftliche Entscheidungen, welche die Kosten oder den Nutzen von unbeteiligten Dritten tangieren, in der Wirtschaftsrechnung des verursachenden Akteurs berücksichtigt werden.

D. h., die externen Effekte, welche wirtschaftliche Tätigkeiten (z. B. in der industriellen Produktion) verursachen, sind zu internalisieren.

Salopp gesagt: Die Kosten, die Dritte haben, trägt der Verursacher, und die Politik hat hierfür zu sorgen, falls das Marktergebnis diese Effekte nicht berücksichtigt, also in den Augen der Politik „Marktversagen“ vorliegt, dass der Verursacher tatsächlich die Kosten trägt.

- Korrekturen des Arbeitsmarktes. Grundsätzlich gingen die deutschen Neoliberalen davon aus, dass Freizügigkeit und Mobilität bei der Arbeits- und Berufswahl herrschen sollte. Jeder solle so beweglich sein, dass er, wenn er im angestrebten Berufsfeld keine Arbeit finde, in andere Tätigkeitsfelder ausweichen solle, die ausreichend Arbeit und Brot ermöglichten.

Sollten solche Möglichkeiten jedoch nicht bestehen, tatsächlich real unmöglich sein, dann habe die Politik zu handeln, z. B. auch mit Mindestlöhnen in lokalen Teilmärkten.

Das zwangsläufige Scheitern des deutschen neoliberalen Projekts

Das Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“ musste m. E. zwangsläufig in der Realität scheitern.

Zunächst einmal lagen schon die Meinungen maßgeblicher deutscher Neoliberaler sehr weit auseinander. Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard z. B. war der Meinung »je freier eine Wirtschaft, desto sozialer ist diese; ein vernünftiger rechtlich vorgegebener Handlungsrahmen reiche als Regelwerk aus«; hingegen war sein Staatssekretär Alfred

²⁸ Vermitteln dies die deutschen juristischen und ökonomischen Studiengänge?

²⁹ Auch Röpke sah dies als zulässig an, z. B. findet man an mehreren Stellen seines Werkes Bemerkungen für den Einsatz einer progressiven Einkommensbesteuerung, die im Rahmen einer staatlichen Verteilungspolitik zum Tragen kommen soll.

Müller-Armack der Meinung, »dass die Marktwirtschaft sozial gerecht feingesteuert werden müsse, man könne diese sich nicht selbst überlassen«.

Kurzer Einschub:

Um Erhardts Standpunkt zu unterstreichen, gehe ich dann meist in die Geschichte zurück und frage: „Wie war die Lage in der Zeit vor Freihandel und Industrialisierung?“ Befriedigende Antworten erfolgen selten, mitunter romantische Gedanken zur ländlichen Idylle der Landbevölkerung.

Nimmt man England als Leitfaden und betrachtet die Zeit nach der Glorious Revolution³⁰, welche den britischen Inseln Stabilität und Ruhe brachte, dann ergibt sich der folgende Ablauf:

Setzt man 1700 als Basisjahr für den Lohnindex für den Tagelöhner auf dem Land als repräsentativen Wert für den damals üblichen Lohnempfänger, dann gilt: 1700 ist „1“ bzw. „100%“.

Dadurch, dass Großbritannien auf der Insel selbst von Kriegen verschont blieb³¹ und die verheerenden Seuchen zurückgingen, wuchs die britische Bevölkerung stetig an. Abgemildert wurde dieser Anstieg durch Auswanderung in die Kolonien – insbesondere nach Amerika. Nichtsdestotrotz, der Anstieg der Bevölkerung war so stark und das Wirtschaftssystem so gut wie statisch (also wenig Wachstum), so dass der Lohn-Index des einfachen Landarbeiters bis 1800 auf 0,5 oder 50% sank: Zuviel zum Sterben und zu wenig zum Leben.

Nach 1800, insbesondere zum Ende der napoleonischen Kriege, setzte die Industrialisierung ein. Dies geschah nicht von ungefähr; denn die Privilegien für Zünfte, Gilden usw. wurden geschliffen, Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit wurden weitgehend realisiert, die merkantilistische Wirtschaftsordnung mit vielen Gängelungen, Zöllen (alleine über 400 Zolltarife wurden aufgehoben) etc. wurde abgeschafft. Es war die Chance für jedermann, unternehmerisch tätig zu werden oder das zu tun, was er am Besten konnte, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen.

Was ist überhaupt ein Unternehmer? Ein Unternehmer tritt an, um Güter und Leistungen bereitzustellen, die es irgendwelchen anderen Menschen ermöglichen, ihre Bedürfnisse leichter und besser zu befriedigen. Damit will der Unternehmer das Einkommen erwerben, welches er braucht, um seine eigenen Bedürfnisse zu stillen. Und wenn er dies – die Bedürfnisse anderer Leute befriedigen – gut kann, dann hat man den

³⁰ 1688/89 entschied sich in der Glorreichen Revolution der Machtkampf zwischen dem Königshaus der Stuarts und dem englischen Parlament zu Gunsten des Parlaments. Seit der Revolution liegt die Souveränität beim Parlament, damals noch des englischen und des schottischen Parlaments. Der Monarch steht unter dem weltlichen Recht und herrscht nicht nach göttlichem Recht. Die religiöse Toleranzpolitik der Stuarts (Karl II., Jakob II.) wurde rückgängig gemacht, so dass Katholiken, Juden und Anti-Trinitaristen von sämtlichen zivilen und militärischen Staatsämtern ausgeschlossen wurden und auch nicht Mitglied des Parlaments werden konnten. Noch Lord Acton (1834-1902) durfte als Katholik Mitte des 19. Jahrhunderts nicht in Cambridge studieren, stattdessen war er in München Privatschüler des Kirchenhistorikers Ignaz von Döllinger.

Diesen kurzen Ausflug in die Zeit um 1688/89 mache ich mitunter für weitere Erläuterungen, falls gesagt wird, dass die Wahl von 1700 wohl reichlich willkürlich ist; oder auch gefragt wird, warum 1700 das Basisjahr sein soll.

³¹ Vereinfachend kann man dies so sagen; obwohl es bis 1746 wiederholt Aufstände der Stuart-Anhänger (Jakobiten) gegeben hat.

schönen Nebeneffekt, dass auch dauerhaft Arbeitsplätze entstehen – aber nur dann. Natürlich muss man einen potentiellen Unternehmer auch lassen, Gängeleien durch Behörden usw. wirken hier wohlstandshemmend – hemmend für alle Bürger, nicht nur für den Unternehmer. Politiker können keinen einzigen Arbeitsplatz schaffen oder garantieren, sie können wohl Arbeitsplätze vernichten. Politiker können einem Unternehmer viele Schwierigkeiten machen, der Unternehmer kann eventuell durch soziale und kulturelle Bindungen sehr viel Ungemach ertragen. Aber wie schrieb schon Adam Smith im Jahre 1776 „ein Kaufmann ist nämlich, ... nicht zwangsläufig Bürger eines bestimmten Landes. Für ihn ist es höchst gleichgültig, von welchem Ort aus er seinen Handel betreibt. Schon kleine Ärgernisse können ihn veranlassen, sein Kapital und damit auch das von ihm finanzierte Gewerbe in ein anderes Land zu verlagern.“³²

Nun setzte also nach 1800 in Großbritannien die Industrialisierung ein, der ungelernete Landarbeiter hatte plötzlich Alternativen zur Landarbeit. Der Zuzug zu den Industriezentren begann. Eine Stadt wie Manchester wuchs innerhalb weniger Jahre um das 1000fache, begleitet von vielen hässlichen Begleiterscheinungen, die aus heutiger Komfortsicht abgelehnt und moralisch als Ausbeutung verurteilt werden.

Aber die Menschen damals sahen dies wohl etwas anders. Die Industriestadt gab ihnen die Möglichkeit zum Überleben, auf dem Land wären – ganz drastisch ausgedrückt – etliche Menschen erbärmlich verreckt, hätten nicht geheiratet und keine Familien gegründet, weil die Landwirtschaft für so eine große Zahl keine Existenzmöglichkeiten hätte bieten können.

Dass die Wohnverhältnisse usw. damals unschön waren, darüber braucht man nicht zu streiten. Aber zu bestreiten ist die Analyse von Marx und das Buch von Engels über die Lage der arbeitenden Klasse in England. Gerade dieses Buch ist voller Unwahrheiten und Verdrehungen und leider werden jene Unwahrheiten bis heute genauso wiederholt und nachgeplappert wie die Lügenlegenden um den Manchester-Liberalismus. Gerade die Manchester-Liberalen um Richard Cobden kämpften mittels der „Anti-Corn Law League“ gegen die Getreidezölle, welche die Brotpreise auf ein künstlich hohes Niveau zum Schaden gerade der Ärmsten im Lande festzurten.

³² Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen. München 1978.

Selbst ein Machtpolitiker wie Winston Churchill wusste von der Wichtigkeit des Unternehmers: „Manche halten den Unternehmer für einen rüdischen Wolf, den man tötchen müsse; andere meinen, er sei eine Kuh, die man ununterbrochen melken könne; nur wenige sehen in ihm ein Pferd, das den Karren zieht.“

Eine Aus-/Abwanderung von Unternehmen versucht die politische Kleptokratie natürlich zu verhindern. In Deutschland gibt es z. B. eine ‚Lex Horten‘, weil die Witwe des Herrn Horten nach dem Tode ihres Mannes in die Schweiz verzog und natürlich ihr ererbtes Vermögen, damals noch vollkommen legal und normal, mitnahm.

Hier hat die Politik heutzutage einen Riegel vorgeschoben: Auswandern – dies darf man –, aber erst nach Offenlegung des kompletten Vermögens und Auflösung aller eventuell vorhandenen stillen Reserven. Nach Zahlung einer (Republikflucht)steuer wird es dann gnadenhalber gestattet diesen Rechtsstaat zu verlassen.

Eine Politikerin der Grünen z. B. spricht in diesen Zusammenhängen (Versuche von Bürgern ihr Eigentum vor dem Zugriff der politischen Kleptokratenkaste zu schützen und ins weniger habgierige Ausland zu transferieren) ganz offen und wie selbstverständlich vom Tatbestand der Republikflucht.

Für mich folgt daraus, dass diese Dame glaubt, dass die Bevölkerung der BRD, nebst Eigentum und Besitz, zu den Verfügungsrechten der Politik zählt. M. E. ist eine solche Art von Politik praktizierter Hohn und pervertiert den Rechtsstaatsgedanken.

Übrigens, lt. Umfragen glauben noch 80% der Deutschen an den Rechtsstaat; ich denke der Rest hat diesen Rechtsstaat schon kennengelernt.

Schon in den 1830er Jahren war der Lohn-Index des einfachen Arbeiters auf 1,3 oder 130% gestiegen, die 100 Jahre des Minus waren mehr als ausgeglichen. Zum Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 war der Index auf ca. 8 oder fast 800% angewachsen. Und dies leistete die Marktwirtschaft trotz enormer Bevölkerungszunahme.

Zurück zur „sozialen Marktwirtschaft“. Schon die Positionen der beiden führenden Köpfe im Wirtschaftsministerium liegen weit auseinander, dabei rechneten sich beide zu den Neoliberalen:

- Erhard war für eine weitgehend freie Marktwirtschaft³³,
- Müller-Armack machte mit seinem Ansatz die Tore zum Dirigismus weit offen.

Denn wer bestimmt, was „soziale Gerechtigkeit“ ist bzw. hat jemand eine allgemeine Definition hierfür?³⁴

Auch das Kernstück im Konzept der deutschen Neoliberalen – die Ordnungspolitik – kam von Beginn an (auch unter Erhard/Müller-Armack) nicht so zum Zuge, wie dies von den Vordenkern eigentlich gewünscht war³⁵.

Ein wesentlicher Grund hierfür ist schon mit der o. g. Kritik (siehe Seite 5) angedeutet, nämlich, dass eine solche Art von Ordnungspolitik einen „autoritären Führungsstil“ benötigt. Es wären Institutionen zu schaffen gewesen, welche autonom über dem

³³ Lord Dahrendorf meinte, dass Erhard in der öffentlichen Debatte mit Erik Nölting 1948 eigentlich nur drei einmalige „soziale Aufgaben“ des Staates sah; nämlich wegen der Kriegs-Zerstörungen den Wohnungsbau, die Wiederherstellung der Stromversorgung und die Eingliederung von Millionen Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Siehe Dahrendorf, Ralf (Lord): Wie sozial kann die Soziale Marktwirtschaft noch sein? 3. Ludwig-Erhard-Lecture vom 28.10.2004, Köln 2004.

Von Prollius schrieb in seinem Blog „forum-ordnungspolitik“ etwas süffisant, »dass in 2009 für Wohnungsvermietung 9,7 Mrd. Euro an Subventionen zur Verfügung standen – man könnte glauben, die Kriegsschäden seien behoben, dies sei wohl eher nicht der Fall. «

³⁴ Ich persönlich meine, dass Hayek hier im Recht ist, „sozial“ ist ein Wieselwort, welches den Sinn des nachfolgenden Hauptwortes entleert, Hayek, Friedrich August von: Neue Freiburger Studien. Tübingen 1996, z. B. »ein sozialer Rechtsstaat ist kein Rechtsstaat«.

Außerdem sollte man nicht vergessen, dass auch der Markt schon an und für sich zum moralischen Handeln zwingt, denn ein betrügerischer und lügnerischer Unternehmer kann auf Dauer nicht bestehen, weil der Souverän (= der Kunde, der Konsument) dauernden Betrug durch Kaufenthaltung bestrafen würde. Von daher ist der konstitutionelle Rahmen des Marktes m. E. völlig kompatibel mit dem ursprünglichen und eigentlichen Menschenbild der beiden großen Kirchen. Nach Luther ist der Mensch grundsätzlich schlecht. Dies steht so in den Luthertexten, auf denen die evangelischen Anwärter noch immer verpflichtet werden (so hat mir dies zumindest ein Kandidat erklärt), auch wenn die evangelischen Amtsträger lt. Reiner Vogels, dem Vorsitzenden der Lutheraner im Rheinland, meistens ökologisch-sozialistische Steigbügelhalter sind und damit einer Spezies angehören, welche den Menschen im Grunde missachtet und Verrat an der christlichen Botschaft begeht. Das Tridentinum relativiert diese sehr harte und scharfe Formulierung Luthers und sagt, dass der Mensch von Natur aus dazu neige, das Schlechte zu tun. Bei diesen Formulierungen, geht es darum, dass ein Zuviel an Selbstsucht (oder übersteigertes Gruppeninteresse) dieses schlechte Handeln bedingt, und zwar vorsätzlich auf Kosten und zum Schaden Dritter, d. h. mittels illegitimer Verletzungen der Eigentums-/Verfügungsrechte anderer Menschen. Und eine konstitutionelle Lösung bzw. rationale Abmilderung für solche Verhaltensmuster habe ich schön formuliert bei Prof. Weede gefunden: „Der Markt kann selbst Egoisten und Neider zwingen, sich so zu verhalten, als ob sie am Wohlergehen ihrer Mitmenschen interessiert sind. Die Politik kann das nicht.“

³⁵ Obwohl hier noch anzumerken ist, dass selbst ein Ludwig von Mises 1961 in einem Brief an Müller-Armack schrieb: „Was Sie und Erhard ... vollbracht haben, wird ... als große Tat des Liberalismus angesehen.“ Mises betonte aber, dass er in seiner wissenschaftlichen Arbeit stets gegen die Mittelwege des Interventionismus kämpfen werde, aber dass eben die reine Lehre in der politischen Praxis oft nicht umsetzbar wäre und man sich zeitweilig mit Kompromissen abzufinden habe.

Parteiengozänk für die Ordnungspolitik verantwortlich gezeichnet hätten³⁶. Und außerdem darf – mit Rückblick auf die Geschichte – bezweifelt werden, ob es irgendeine Regierung schafft, auf Dauer über den Partikularinteressen zu stehen. Eher ist zu vermuten, dass autonom gestaltete Institutionen bei Bedarf einfach geschliffen oder fügsam gemacht werden: Staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik erfolgt in Demokratien wie in der BRD eben stets mit Blick auf die nächste Wahl. Und Anthony de Jasay hat dieses Problem schön formuliert „Die Verfassung ist ein Keuschheitsgürtel, zu dem die Lady selbst den Schlüssel hat“³⁷. Parlamentarische Mehrheiten genügen, um irgendwelche „Hindernisse“ aus dem Weg zu räumen³⁸.

Außerdem merkt Rahim Taghizadegan³⁹ zu recht an: „Wie viel Machtausdehnung ließ sich nicht im Namen der ‚Ordnungspolitik‘ legitimieren, des staatlich zu ‚veranstaltenden‘ Wettbewerbs.“

Im Rahmen der Prozesspolitik gelang es zwar Franz Böhm als Mitglied des Bundestages, ein Kartellgesetz und andere Wettbewerbsregeln auf den Weg zu bringen, aber Beschränkungen beim Marktzugang, überflüssige Monopole und Privilegien gab es von der Stunde „Null“ an. Beispiele:

- Niederlassungsfreiheit, also freier Marktzugang z. B. für Apotheker, musste auf dem Klageweg erfochten werden.⁴⁰
- Post und Bahn (September 1949 als Deutsche Bundesbahn Nachfolgerin der Reichsbahn⁴¹) blieben als Monopole in der Hand des Staates.

Erst 1994 wurde aus der Bundesbahn die „Deutsche Bahn AG“ mit Plänen, begleitend von dauernden Streitigkeiten der Parteien, diese zu privatisieren.

Die Post (ab 1950 Deutsche Bundespost) war bis 1989 eine Behörde, die nicht nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen operierte, sondern die Ziele der Politik waren übergeordnet. Dies änderte sich erst mit der 1. Postreform 1989 und der 2. Postreform 1994, durch welche die Deutsche Bundespost in drei Aktiengesellschaften Deutsche Post, Deutsche Telekom und Deutsche Postbank aufgegliedert wurde.

Doch bis 1989/94 waren diese Sondervermögen des Bundes ein sehr beliebtes Spielzeug bei den staatstragenden Parteien⁴², insbesondere was Versorgungsposten als „Belohnung“ für ausrangierte und/oder verdiente Parteisoldaten betrifft⁴³.

³⁶ Ähnlich in Prollius, Michael von: Die Pervertierung der Marktwirtschaft. München 2009; von Prollius sieht hier einen gewichtigen Grund für den Einzug der interventionistischen Anmaßungen der keynesianischen Feinststeuerung ab 1967.

³⁷ Zitiert nach eigentümlich frei: Nr. 61 / 2006

³⁸ 2010 z. B. wurden dadurch die wichtigsten Vereinbarungen zum Euro auf den Müll geworfen.

³⁹ Institut für Wertwirtschaft. Daraus kann das Gegenteil des Anliegens der Vordenker resultieren, z. B. eine „Ordnung für glückliche Sklaven“.

⁴⁰ Dabei wird die Niederlassungsfreiheit von etlichen Gesprächspartnern eher negativ gesehen, diese ziehen eine von der Staatsgewalt erzwungene Begrenzung nach Bedarf vor. Ich frage dann: „Wer bestimmt den Bedarf?“

⁴¹ Hier begegne ich Einwänden, dass Privatleute so etwas auch nicht stemmen könnten, mit der Bemerkung, dass in Preußen bis 1870 im Eisenbahnsektor auf die private Unternehmensinitiative gesetzt wurde – mit großem wirtschaftlichem Erfolg –, und ernte nur Unglauben. Erst der Machtpolitiker Bismarck verfolgte das Ziel Staatsbahn, welches mit der Einrichtung „Deutsche Reichsbahn, gem. Weimarer Verfassung“ vollendet wurde. Aus wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmungen wurde ein maroder Staatsbetrieb.

⁴² Hier höre ich oft Einwände, die sich nur mit dem 500-jährigen Briefmonopol in den deutschen Landen erklären lassen.

⁴³ So etwas ist natürlich auch in anderen „Unternehmen“ der öffentlichen Hand üblich, z. B. der Klügel bei der KVB in Köln.

Dann war der Strommarkt kein „Markt“. Vielmehr war der „Strommarkt“ aufgeteilt in Gebiets- und/oder Versorgungsmonopole. Diese wurden erst durch Liberalisierungen in den späten 1990er Jahren aufgebrochen, erst ab dann zog so etwas wie Wettbewerb ein und ein wenig Markt bildete sich⁴⁴.

Bezüglich Eigentumsbildung wurden verschiedene Dinge auf den Weg gebracht, z. B. „Gesetze zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“, welche aber letztendlich kaum irgendwelche Wirkungen hatten.

Dagegen werden über Erbschafts-/Schenkungssteuern die Arbeitslebensleistungen auch von sog. „kleinen Leuten“ angegriffen.

Progressive Einkommenssteuern (ein Lieblingskind der Einkommen-Umverteiler) führten und führen auch beim sog. „Otto Normalverbraucher“ zu höheren Realbelastungen, da der Steuertarif am gestiegenen Nominallohn ausgerichtet ist, Reallohnverluste als Folge der grundsätzlich von der Politik verursachten Teuerung bei der Lebenshaltung werden nicht durch Anpassung der Steuersätze neutralisiert⁴⁵.

Auch kommt es immer wieder zu seltsamen Enteignungen, z. B. in der Folge des Bergbaus im Rheinland, da das Bergregal bei der Politik liegt und so Siedlungen auch gegen den Willen der Bewohner umgesiedelt werden. Läge das Bergregal vernünftigerweise beim jeweiligen Grundbesitzer, könnte dieser die Rechte an den Bodenschätzen selbst mit den Bergbautreibenden verwerten – eventuell geschähe dies dann auch ohne (oder zumindest weniger) Enteignungen⁴⁶.

Je nach Entwicklung eines Gespräches kann man gerade hier noch etliche Dinge ansprechen, z. B. die Aushöhlung der Verfügungsrechte beim Eigentum, so dass dem Eigner letztendlich nur noch ein formaler Titel bleibt mit ein paar gnadenhalber gewährten Rechten (z. B. durch die Aushöhlung des Hausrechts als Folge sog. Antidiskriminierungsgesetze).⁴⁷

So ist m. E. die Staatsdefinition von Murray Newton Rothbard sehr schlüssig⁴⁸:

„Kurz gesagt ist der Staat diejenige Organisationsform in der Gesellschaft, die in einem gegebenen Territorium das Gewaltmonopol anstrebt. Insbesondere ist er die einzige soziale Organisation, die ihre Einkünfte legalerweise durch Gewaltanwendung erhält und nicht durch freiwillige Beiträge oder den Verkauf von Leistungen. ... Da der Staat sich notgedrungen aus Enteignung privaten Kapitals am Leben hält und seine Ausweitung immer mehr Reglementierungen des

⁴⁴ Wobei ich hier wetten würde, dass im Bereich Energieversorgung in den kommenden Jahren Schritt für Schritt ein staatliches Monopol errichtet wird – z. B. eine Deutschland Strom AG. Diese wird kaum zu führen sein, so dass im nächsten Schritt eine Aufteilung in Gebiets-/Versorgungsmonopole erfolgen wird usw.; die regulatorischen und gesetzgeberischen Weichenstellungen lassen mich ein solches Szenario für mehr als nur wahrscheinlich ansehen.

⁴⁵ Schon alleine ein Blick in die Steuerstatistiken zwischen 1950 und 2007 belegt dies.

⁴⁶ Dass dies praktisch funktioniert, dies zeigt ein Blick in die USA, als der RWE-Konzern die Mehrheit an der CONSOL Energy hielt, fanden sich die deutschen Bergbaumanager zügig in das amerikanische Procedere ein, mit jedem Grundstückseigentümer im Einzugsgebiet des Steinkohlentagebaus einzeln die Rechte zu verhandeln.

⁴⁷ Bei Frau Horn z. B. wird die Prozesspolitik an und für sich anders gewichtet als von mir, auch die „Wirtschaftslenkungsthesen“ von Müller-Armack gewichtet Frau Horn harmloser.

⁴⁸ Murray Newton Rothbard: The Anatomy of State. Brunswick 1979, zitiert nach Blankertz, Stefan: Politik der neuen Toleranz. Wetzlar 1988.

Individuums und der Privatinitiative mit sich bringt, muß er als dem Wesen nach als antikapitalistisch⁴⁹ angesehen werden.“

Diese Aushöhlung der privaten, freiwilligen, vertragsrechtlichen Rechtstitel sollte eigentlich jedem, der aufgeschlossen alleine die 60 Jahre Bundesrepublik in der Rückschau betrachtet, ersichtlich sein, wobei die „unbegrenzte Auslegung“ (Bernd Rütters⁵⁰) und Entleerung des materiellen Privatrechts gerade über den Umweg der „europäischen Räterepublik“ – EU – durch die politische Kleptokratie-Kaste immer flotter betrieben wird.

Die Korrekturen am Arbeitsmarkt, bei welchen die Vordenker behutsam vorgehen wollten, sind zu einem sich verselbständigten Sektor geworden, in welchem ein kaum noch zu überblickendes und unsinniges Chaos an interventionistischen Maßnahmen⁵¹ herrscht. Dieser Sektor ernährt mit üppigen Gehältern und ‚Geldgeschenken‘ eine ganze Branche, die zur Wertschöpfung kaum etwas beiträgt, auf Kosten und zum Schaden der Eigentums-/Verfügungsrechte anderer Menschen. Dieser Sektor ist zu einem der wichtigsten Stützen der „Verfechter des Wohlfahrtsstaats“, der Freiheits- und Eigentumsvernichter, verkommen.

Die Enzyklika „Centesimus annus“ geißelte einen derart wuchernden „Wohlfahrtsstaat“ mit scharfen Worten: Einen Wohlfahrtsstaat, der die Menschen ihrer Verantwortung beraubt, den Verlust an menschlicher Energie verantwortet, die Staatsapparate aufbläht und der durch eine maßlose staatliche Ausgabensteigerung gekennzeichnet ist.

Parallel zu der Aushöhlung der Eigentums-/Verfügungsrechte wird ebenfalls z. B. durch sog. Antidiskriminierungsgesetze die Vertragsfreiheit ausgehöhlt; fast könnte man sagen, dass über jedem Vertrag das Damoklesschwert eines Rechtsstreits wegen Diskriminierung schwebt. Aber dies ist nur die Spitze, schon ab der „Stunde Null“ war die Vertragsfreiheit unter Beschuss, alleine durch die sog. Tarifautonomie wurden und werden Unternehmern wie Arbeitssuchenden die Bedingungen eines Arbeitsvertrages diktiert, denn regelmäßig maßt sich die Politik an, dass sie einen Tarifvertrag, welcher zwischen einem Industrieverband und einer Gewerkschaft ausgehandelt wurde, als allgemeinverbindlich zu deklarieren, so dass ein solcher Tarifvertrag dann mit staatlichem Zwang auch den Nichtmitgliedern des Verbandes/der Gewerkschaft übergestülpt wird.

Begleitet wird dies durch den Gesetzgeber, welcher durch die Arbeits- und Sozialgesetzgebung den Arbeitsmarkt in Richtung Eliminierung treibt.

⁴⁹ „Rothbard gebraucht den Begriff »Kapitalismus« als Kennzeichnung einer Gesellschaft, in der ökonomische, politische, soziale und kulturelle Angelegenheiten durch nichts als Freiwilligkeit geregelt werden“, Blankertz, Stefan: Politik der neuen Toleranz. Wetzlar 1988.

⁵⁰ So der Titel seiner Habilitationsschrift von 1968, die Untersuchung bezog sich zwar auf die zwölf Herrschaftsjahre der „braunen Sozialisten“, Rütters lässt aber keine Zweifel, dass die „unbegrenzte Auslegung“ oft praktiziert wurde (wird). Er sieht diese Gefahr auch für das Nachkriegsdeutschland, Grundgesetz und sonstiges Öffentliches Recht können das Privatrecht ebenfalls unbegrenzt aushöhlen, darauf hat er verschiedentlich hingewiesen, z. B. auch im Nachwort zur 6. Auflage.

⁵¹ Durch Ludwig von Mises wurde die Zielverfehlung von interventionistischen Maßnahmen theoretisch schon 1929 klar analysiert, Mises, Ludwig von: Kritik des Interventionismus. Darmstadt 1976, (Reprint der 1. Auflage von 1929). Schöne Argumentationsmuster gegen Interventionen findet man auch bei Reisman, George: Staat contra Wirtschaft. München 1982.

Ein Paradebeispiel für derartige Anmaßungen und Zwangsbeglückungen ist Norbert Blüm, dieser meinte in den 1980er Jahren mit vollem Ernst, dass er und seine politischen Freunde die Löhne und Gehälter festlegen müssten, falls die Tarifparteien keine Tarifverträge aushandeln würden.

Mein wichtigster Gesprächspunkt: Das Geldmonopol und die Währungspolitik des Staates

In solchen Gesprächen ist meist das staatliche Geldmonopol der Hauptpunkt, weil ich meine, dass gerade hier auch die Dreh- und Angelpunkte im Rahmen der Verwerfungen durch den Wohlfahrtsstaat zu sehen sind.

Dass das staatliche Geldmonopol herrscht, dies ist bei den Gesprächspartnern eine Selbstverständlichkeit und wird überhaupt nicht hinterfragt. Meine Frage lautet hier: „Was ist Geld überhaupt?“ Es dauert dann und ist mitunter mühsam, bis man sich wenigstens auf die drei Funktionen, die von Ökonomen standardmäßig gegeben werden, einigen kann⁵²:

- Tauschfunktion
- Rechenfunktion
- Wertaufbewahrungsfunktion

Dann frage ich, ob Geld irgendeinen Substanzwert hat und wie es entsteht.

- Kurz gesagt, viele denken, dass Geld voll durch Gold gedeckt ist. Manche zumindest glauben, dass dies bei der D-Mark noch so gewesen ist;
- andere meinen, dass die Waren und Dienstleistungen oder die Arbeitsleistung⁵³ einer Volkswirtschaft den Wert des Geldes widerspiegeln;
- manche sind der Ansicht, dass die Regierung den Wert bestimmt
usf.

⁵² Für die folgenden Ausführungen verweise ich Gesprächspartner z. B. auf folgende Literatur:

Mises, Ludwig von: Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel; München und Leipzig 1924;

Hayek, Friedrich August von: Entnationalisierung des Geldes; Tübingen 1977;

Rothbard Murray N.: Das Schein-Geld-System. Gräfelting 2005;

Hülsmann, Jörg Guido: Die Logik der Währungskonkurrenz. Essen 1996;

Hülsmann, Jörg Guido: Die Ethik der Geldproduktion. Waltrop 2007;

Hochreiter, Gregor: Krankes Geld - Kranke Welt. Gräfelting 2010;

Polleit, Thorsten und Prollius, Michael von: Geldreform. Grevenbroich 2010;

Baader, Roland: Geld, Gold und Gottspieler. Gräfelting 2004;

Baader, Roland: Geldsozialismus. Gräfelting 2010.

Gesprächsteilnehmern ohne jegliche ökonomische Vorbildung empfehle ich persönlich als Einführung die diesbezüglichen Analysen vom Institut für Wertewirtschaft, weil die Analysen i. d. R. auch online in „pdf-Dateien“ verfügbar sind. (Meine Ausführungen sind ebenfalls durch die o. g. Literatur determiniert, dort verankert und in teilweise anderer Form dort nachzulesen.) Seit Ende Mai 2011 ist das wichtigste Buch von von Jesús Huerta de Soto „Dinero, Crédito Bancario y Ciclos Económicos“ (seit 1998 drei spanische Auflagen, 2005 in einer englischen Ausgabe als „Money, Bank Credit and Economic Cycles“ erschienen) endlich auch in einer deutschen Ausgabe erhältlich: Geld, Bankkredit und Konjunkturzyklen. Kornwestheim 2011.

⁵³ Durch die subjektive Werttheorie ist m. E. die Arbeitswerttheorie seit rund 140 Jahren widerlegt. Eugen von Böhm-Bawerk nannte die marxistische Arbeitswerttheorie „ein theoretisches Kunststück von verblüffender Naivität“, Böhm-Bawerk, Eugen von: Kapital und Kapitalzins. Meisenheim am Glan 1961 (Nachdruck der Auflage von 1921). Doch wird die Arbeitswerttheorie weiterhin diskutiert, z. B. in Dissertationen der Ricardianer und der Marxisten.

Auch die Antworten zur Entstehung von Geld sind manchmal seltsam, die meisten laufen auf irgendeinen hoheitlichen Akt hinaus.

Üblicherweise gehe ich dann zur geldlosen Naturalwirtschaft zurück, zeige wie dort Handel betrieben wurde. Ein Bäcker, der seine Backwaren gegen Fische tauschen möchte, muss einen Fischer finden, der gerne Fische gegen Backwaren tauscht. Finden die beiden zusammen, dann würde ein Tauschgeschäft zustande kommen, also ein Markt im Kleinen da sein.

Sehr oft kommt hier der Einwand, dass sich gerade bei diesem Beispiel doch zeige, dass die Marktwirtschaft nur ein Null-Summen-Spiel sei, da der Bäcker und der Fischer nur gleichwertige Güter handeln oder tauschen würden.

Meine Entgegnung ist dann, dass dies nicht so sei, sondern die Menschen tauschen, weil sie durch den Tausch ihre Lebenslage zu verbessern suchen. Denn jeder Warentausch ist ein Versuch, einen weniger zufriedenstellenden Zustand gegen einen zufriedenstellenderen einzutauschen. Wenn z. B. der Bäcker seine Backwaren bei dem Fischer gegen Fisch tauscht, so doch nur, weil dem Bäcker der getauschte Fisch subjektiv mehr wert ist als die Backwaren; das Umgekehrte gilt für den Fischer. Würden beide dies nicht so sehen, sondern die getauschten Waren als „gleichwertig“ ansehen, dann läge eine Indifferenz vor und kein Grund Brot und Fisch zu tauschen – es wäre eine Situation gegeben vergleichbar des Esels bei Jean Buridan.

Natürlich stößt der Naturaltausch an Grenzen. Beim direkten Warentausch hat ein Tauschwilliger einen entsprechenden Partner zu finden: Die Gegenseitigkeit der Wünsche und die jeweiligen Präferenzen müssen kompatibel zu sein, damit ein Tausch stattfindet. Die Suche nach solchen Tauschpartnern kann (wird) mühselig und zeitaufreibend sein. Direkter Naturaltausch ist also zu aufwendig, da kostbare Zeit verloren geht. Ergo werden die Menschen ein allgemein akzeptiertes Tauschmittel gesucht haben. Dies sollte natürlich eine Ware sein, die von vielen Personen begehrt wurde, die haltbar und leicht teilbar war. Die Menschen suchten nach einem allgemein akzeptierten Tauschmittel. (Akzeptiert ist nicht identisch mit gesetzlich). Falls es so eine Ware gibt, besteht die Möglichkeit des indirekten Tausches. Der Bäcker gibt sein Brot dem Fischer, dieser bezahlt nicht in Fisch, sondern mit der Ware „X“. Mit diesem „X“ kann der Bäcker diejenigen Dinge eintauschen, die er präferiert. Es ist wahrscheinlich, dass sich mit der Zeit dasjenige Gut als allgemeines Tauschmittel (Geld) herausstellt, welches eine große Markt-/Absatzfähigkeit hat und die oben genannten Funktionen erfüllt. Dies kann z. B. in der Antike durch den religiösen Kultus⁵⁴ ein maßgeblicher Anstoß für das Metall (Gold, Silber, Kupfer) gewesen sein.

Die staatlichen Obrigkeiten zogen im Laufe der Geschichte die Hoheit über das Geld an sich. Bei Nicolas von Oresme⁵⁵, der im 14. Jahrhundert lebte, kann man nachlesen, dass die Fürsten das Münzregal stets zum Nachteil (Münzverschlechterungen etc.) der Untertanen handhabten.

⁵⁴ Siehe hierzu z. B. Laum, Bernhard: Heiliges Geld: Eine historische Untersuchung über den sakralen Ursprung des Geldes. Berlin 2006. (Nachdruck der Auflage von 1924).

⁵⁵ Nicolas von Oresme: Traktat über Geldabwertungen. De Mutatione Monetarium Tractatus. Berlin 2001

Die institutionellen Grundlagen für die heutigen Zustände des Geldes (Geld-/Währungsmonopol in Staatshand, Zentralbank mit angeschlossenem Teilreserve-Banksystem) wurden wohl endgültig im 17. Jahrhundert gelegt. Kurzer Überblick:

- ✓ Das Banksystem entwickelte sich aus den Anfängen der Lagerung von Edelmetallen im Mittelalter zum Teilreserve-Bankensystem weiter. (Der Templerorden z. B. war schon im Bankgeschäft aktiv: Beim Meister des Tempels in England hinterlegte ein Pilger Gold, er bekam eine chiffrierte Quittung, welche er in Jerusalem gegen Gold einlösen konnte).
 - Die Banken lagerten für Edelmetallbesitzer Gold und Silber.
 - Die „Quittungen“ oder „Belege“ über das eingelagerte Edelmetall fanden wie Geld Verwendung (Banknoten).
 - Nicht alle Bankkunden lösten die Noten gegen Metall ein, ein gewisser Anteil verblieb meist im Depot.
 - Dadurch gingen Banken dazu über, mehr „Noten“ auszugeben als Edelmetall vorrätig war. Das war die Geburt des heutigen Teilreserve-Bankwesens.
- ✓ Zentralbankwesen und Teilreserve-Bankensystem.
 - Einziger Gründungszweck der Bank of England war es, die englische Regierung mit mehr und billigem Geld zu versorgen.
 - Zu diesem Zweck durfte die Bank auch die Einlösung ihrer Noten verweigern.
 - Eine Vielzahl weiterer Privilegien wurden der Bank gewährt oder kamen hinzu. Dies war die Geburtsstunde des Zentralbankwesens mit angeschlossenem Teilreservebanksystem.

Auch das Zentralbankwesen mit angeschlossenem Teilreserve-Banksystem diente von Beginn an nur dem Ziel die Regierungen mit mehr Geld zu versorgen und wurde genau wie das Münzregal zum Schaden der Untertanen eingesetzt.

Um 1870 mündete die institutionelle Entwicklung in den internationalen Goldstandard. (Alle Währungen der beteiligten Länder waren an Goldparitäten gekoppelt). Silber verlor seinen Status als „Geld“, aber trotz dieser enormen Zwangsdeflation⁵⁶ (enorm in Relation zu damaligen Geldmengen) verzeichneten die Staaten des Goldstandards in den Jahrzehnten vor dem 1. Weltkrieg erhebliche reale wirtschaftliche Wachstumsraten, verbunden mit hohen real wachsenden Lohneinkommen und einem Sinken der Güterpreise auf breiter Front. Also etwas, was nach Meinungen der meisten heutigen Ökonomen nicht sein kann, da eine wachsende Wirtschaft von einer „klugen Zentralbank“ mit einer stetig wachsenden Geldmenge versorgt werden muss.

Bis zum Beginn des 1. Weltkrieges wurden die Reste des „free banking“ abgeschafft, und nur noch die Zentralbanken durften „Noten“ ausgeben. Zu Beginn des 1. Weltkrieges wurde die Einlösepflicht der Noten aufgegeben, und das Geld der Kriegsstaaten wurde reines Papiergeld. Dies hatte seinen Grund, denn ohne diese Maßnahme wären jene Staaten spätestens Weihnachten 1914 pleite gewesen und hätten ihren Krieg mit Mistgabeln fortführen können, aber die Papiergelddruckerpresse erlaubte eine ungeheure – bis dahin kaum gekannte – Geldvermehrung. Und eine Vermehrung der (ungedeckten) Geldmenge nannten die alten Ökonomen Inflation, Preissteigerungen

⁵⁶ Der Bimetallismus ist ein Währungssystem auf der Basis von Kurantmünzen aus Gold und Silber. Durch den reinen Goldstandard war nur noch Gold = Geld der Staaten. Daraus folgt, dass die „staatliche Geldmenge“ zwangsweise stark schrumpfte.

sind die Folge hiervon; es ist natürlich geschickt, diese Ursachen-Definition für Preissteigerungen aus dem heutigen Sprachgebrauch eliminiert zu haben.

Nach Ende des 1. Weltkrieges wurde von den Staaten versucht, zu einem Goldstandard im Kleinen zurückzukehren. Man installierte den Gold-Devisen-Standard, in welchem die FED und die Bank of England die Einlösepflicht ihrer Noten in Gold übernahmen; die restlichen Papierwährungen waren dem Dollar bzw. Pfund unterlegt. Dieses System überdauerte nur sechs Jahre und brach 1931, während der sog. Weltwirtschaftskrise zusammen, weil die Maßnahmen der Staaten Freihandel und internationale Arbeitsteilung unterminierten und damit eine Politik verfolgt wurde, welche die Krise verstetigte und verstärkte. Per Durchführungsverordnung vom 09.03.1933 erklärte US-Präsident Roosevelt, dass die US-Bürger über ihre Gold-/Silberbestände ab sofort nicht weiter frei verfügen dürfen. Mit der (Konfiszierungs-)Anordnung Nr. 6102 des US-Präsidenten vom 05.04.1933 wurden die Maßnahmen verfeinert – privater Goldbesitz stand nun unter hohen Strafen⁵⁷.

1945 wurde das Bretton-Woods-Währungssystem geschaffen, der US-Dollar wurde Leitwährung und mit einer Parität von 35 US-Dollar je Feinunze ans Gold gekoppelt. Alle dem System angeschlossenen Zentralbanken sollten als Reserven den US-Dollar halten, hatten aber auch das Recht, diese US-Dollar bei der FED gegen Gold einzulösen. Da die Amerikaner keinerlei Disziplin bei der Produktion von Papierdollars zeigten, war es absehbar, dass 1971 Präsident Nixon de facto diese Einlösepflicht der FED aufhob, das letzte kleine Goldfenster wurde geschlossen, der letzte Riegel, den eine „natürliche Geldart“ der unbegrenzten Papiergeldvermehrung bot, fiel weg.

Nun formuliere ich eine der Eingangsfragen zum Geld neu und frage: „Wie entsteht Geld in einem reinen Papiergeldsystem?“⁵⁸ Oft sind die Antworten dann: „Ja, durch Drucken von Geld“. Ich wende dann ein, dass dies doch zu durchsichtig ist, wenn eine Regierung einfach das benötigte Geld druckt. Die Formalien der Geldbeschaffung würden von den Regierungen scheinbar noch eingehalten: Eine Regierung beschafft sich Geld durch Steuereinnahmen und durch Schulden (Staatsanleihen).

Da eine Regierung selbst nicht produktiv tätig ist, hat sie grundsätzlich nur die zwei Möglichkeiten, an Geld zu kommen:

- Einnahmen durch Steuern und Abgaben
oder
- Verschuldung, d. h. Staatsanleihen ausgeben.

⁵⁷ Goldbesitz war in den USA von 1933 an für Privatleute verboten. Ausgenommen waren Schmuck, alte Sammlermünzen oder Gold als Rohstoff für industrielle Zwecke; Zuwiderhandlung konnte 10 Jahre Gefängnis bedeuten. Präsident Gerald Ford hob das Verbot mit Ablauf des 31.12.1974 auf.

Insbesondere in den totalitären sozialistischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts (z. B. UdSSR, Hitler-Deutschland oder China) war privater Goldbesitz ebenfalls verboten (in China bis 2003). In der DDR seltsamerweise nicht, aber dort gab es sowieso kein Gold zu kaufen.

⁵⁸ Dabei zehren auch die „Papiergeldbezeichnungen“ vom „Geruch, den eine leere Flasche ausströmt“; denn z. B. stand Mark für ein Silbergewicht, der Rubel war ursprünglich „ein Stück abgehacktes Silber“, der Name Schilling entstand aus dem antiken Edelmetallgewicht Solidus und der „florin“ (fl), die legendäre Goldmünze aus Florenz, war die Geruchsgrundlage für den ungarischen Forint oder auch für den holländischen Gulden (= der Güldene) oder den polnischen Zloty (= der Goldene). Im Euroraum ist dieser Geruch der leeren Flasche verschwunden, der Euro hat keine Bindung durch seinen Namen an alte Werte: Gewichts- und/oder Messnormen.

Steuererhöhungen sind oftmals ein unpopuläres Mittel⁵⁹, da Politiker wiedergewählt werden möchten. In den alten Zeiten wurden Staatsanleihen auf den Kapitalmärkten platziert und eine Anleihe wurde von Sparern und institutionellen Anlegern gezeichnet – also vom Publikum. Heute übernimmt i. d. R. ein Bankenkonsortium eine Staatsanleihe (z. B. von 10 Milliarden €) und schreibt der Regierung auf dem Girokonto 10 Milliarden € gut. Dadurch wird der Schein der Kreditaufnahme gewahrt, die Regierung holt sich kein frischgedrucktes Zentralbankgeld, sondern nimmt nur einen Kredit auf. Als Folge des Konsortiums sind genügend „Unterschriften“ vorhanden, um die Anleihe „lombardfähig“ zu machen, d. h. die Anleihe ist zentralbankfähig und kann bei der Notenbank als Pfand⁶⁰ hinterlegt werden, so dass das Bankenkonsortium wiederum von der Notenbank 10 Milliarden € frisches Zentralbankgeld erhält.

Bei den heutigen Reservesätzen im Teilreserve-Bankensystem ist es dem Bankenkonsortium möglich, aus der Anleihe von 10 Milliarden € in Form von Buchgeld rund 100 Milliarden € zu machen. Und man beachte: Das neue Geld steht zuerst Politikern, Banken und deren Kumpanei zur Verfügung; das neue Geld wabert langsam durch die Wirtschaft und führt im Zeitverzug zu Preissteigerungen, so dass die gerade genannten Gruppen noch zu alten Preisen billiger kaufen können; der Rest der Bevölkerung aber wird mit steigenden Preisen konfrontiert werden, ohne dass für den Rest der Bevölkerung unmittelbar das Einkommen gestiegen ist: Der Rest der Bevölkerung wird eindeutig geschädigt. Außerdem werden die Schulden des Staates durch die fortgesetzte Inflationierung der Geldmenge und der damit einhergehenden Geldentwertung real immer weniger wert, so dass die Regierungen nur gemäß Nennwert verzinsen und tilgen – real werden die Gläubiger des Staates geschädigt.⁶¹

Seit 1971 sind die Staatsschulden in allen westlichen Staaten explodiert⁶², die große Geldmenge (M3 genannt) ist um das Vierzigfache gestiegen, das weltweite Sozialprodukt stieg aber nur um das Vierfache.

Hätten die Banken und andere Finanzinstitute als verlängerter Arm der Politik auf den Finanzmärkten in den letzten Jahrzehnten nicht jene Vielzahl von Blasen produziert und damit ungeheure Mengen des staatlichen Zwangs-Scheingeldes gebunden, dann hätte sich diese ungeheure Masse von staatlichem Scheingeld vielleicht auf die Gütermärkte des täglichen Bedarfs gestürzt und dort die Preise in stattliche Höhen getrieben. Die Märkte machen nur ihre Arbeit, indem sie versuchen, die strukturellen Verwerfungen und gigantischen Verschuldungen zu beseitigen, die sich durch die beiden sozialistischen Eckpfeiler der Geldpolitik der Regierungen aufgebaut und aufgestaut

⁵⁹ Auch, wenn in Deutschland in 2010 gem. Umfrageergebnisse eine Mehrheit der Deutschen gegen Steuersenkungen war und sich teilweise sogar für Steuererhöhungen aussprach, so ist das eine absolute Ausnahme.

⁶⁰ Inzwischen werden Staatsanleihen auch direkt von der EZB monetarisiert, dies ist in den USA durch die FED schon länger üblich.

⁶¹ In seinem Lehrbuch zur Finanzwissenschaft von 1929 geißelte Röpke dies in scharfen Worten: ›Dies sei eine unethische Art und Weise der Regierungen, um real mehr Einnahmen zur Verfügung zu haben und das Volk zu schädigen‹, siehe Hennecke, Hans Jörg: Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung. Stuttgart 2005. Dabei stellte David Hume im 18. Jahrhundert schon klar, dass der Staat ein schlechter Schuldner ist und er (Hume) niemanden verstehen könne, der dem Staat Kredit gewährt.

⁶² Auch Deutschland ist de facto pleite.

haben. Eine Krise, die aus solchen Verwerfungen entspringt, ist eine Heilkur – und nicht etwa ein „Marktversagen“⁶³.

Für derartige Krisen, wie Platzen von Blasen auf den Vermögenmärkten (Aktien, Immobilien, Rohstoffe etc.) oder Finanzkrisen (wie die sog. Weltfinanzkrise) sind das „Staatsmonopolistische Zwangs-Papiergeld“ und das „Zentralplanwirtschaftliche Zinsdiktat“ die beiden zutiefst sozialistischen Ursachen und Eckpfeiler.

Diese beiden Eckpfeiler führen Begriff und Funktionen von Geld ad absurdum, Geld soll:

- Tauschmittel
- Recheneinheit
- Wertaufbewahrungsmittel

sein.

Die skrupellose (Schein)Geldvermehrungs- und Kreditpolitik der Regierungen vernichtet diese Funktionen und hält nur durch das Gewaltmonopol die Tauschfunktion des staatlichen Zwangs(schein)geldes aufrecht.

Denn wer kann noch mittel- oder langfristig vernünftig kalkulieren? Über die Geldpreise vermitteln die Güter-/Dienstleistungspreise Signale für die individuelle Wirtschaftsrechnung (für jeden, egal ob Unternehmer oder Privathaushalt). Preise für verschiedene Güter-/Dienstleistungen, die eigentlich als Folge der Aktionen der Marktteilnehmer sinken würden, sinken nicht oder steigen sogar als Folge der Geldmengenausdehnung, so dass die einzelnen Wirtschaftspläne durch die falschen Signale verzerrt werden. Unternehmen und private Haushalte werden sicherlich vermehrt falsch handeln.

Die ständige Kaufkraftverschlechterung des Geldes unterhöhlt die Funktion der Wertaufbewahrung. Wer heute als Dreißigjähriger für sein Alter ganz konservativ auf dem Sparbuch spart, sollte mindestens mit Faktor 3 sparen, also um real mit 65 Jahren einen Euro des Gesparten genießen zu können, sollten heute wenigstens drei Euro gespart werden. An eine schleichende und ständige Geldentwertung – auch die D-Mark hatte zwischen 1950 und 2001 95% ihres Wertes verloren – werden sich die Menschen gewöhnen und ihr Verhalten darauf abstellen, die Mentalität wird sich ändern. Herkömmliches Sparen und Haushalten wird irrational, rational ist es, Schulden zu machen, höhere Risiken einzugehen, auch mal den Hasardeur zu spielen.

Noch unsere Großeltern sparten z. B. dreißig Jahre, um sich dann ein Haus zu kaufen oder zu bauen; heute ist es weit rationaler, eine Hypothek aufzunehmen und direkt ein Haus zu kaufen: Das Geld verliert doch sowieso an Wert, während das Haus seinen Wert behält oder nominal mehr wert wird – man ist gefühlt reicher.

Wer an der alten Tugend des Sparens festhält, ist dumm; das Geld wird doch immer weniger wert: Konsumiere jetzt; kaufe, was das Herz begehrt! Riskiere etwas und

⁶³ Wenn man diese Aussage empirisch testen möchte, dann kann man (Gregor Hochreiter – Institut für Wertewirtschaft) an allen „Boom-and-Bust-Cycles“ genau die Verwerfungen ablesen, welche die „Austrian Business-Cycle Theory“ beschreibt. Z. B. kann man am sog. Hayek’schen Dreieck [ein Dreieck der Produktionsstufen (von Abbau / Landwirtschaft über Veredlung/Produktion und Logistik hin zum Konsum) in Zusammenhang mit Ersparnis, Investition und Geldmenge] ganz konkret die Beulen im Wirtschaftsprozess (beim Ablauf der Ausweitung der Zirkulationskredite) erkennen, auch das anschließende Einbeulen, sobald die Blasen geplatzt sind.

spekuliere! Denn wer spart, verliert. Die Zeithorizonte verflachen und die Sparquoten nehmen ab; Zeitpräferenzen wie z. B. bei Kindern. Was man begehrt, das kauft man sofort. Warum warten?

Bei den Unternehmen ist es nicht anders, hier gilt nicht mehr das Bild des ehrbaren Kaufmanns, der über Generationen in langen Fristen denkt, es gilt der kurzfristige, der schnelle Erfolg.

Die Teilreserve-Banken können z. B. im Kreditgeschäft mit Unternehmen viel umfangreicher tätig werden, sie werden u. U. auch Kredite vergeben, welche ohne Geldmengenausdehnungen aus Risikogründen nie vergeben worden wären. Durch das Teilreservesystem können die Banken selber noch mehr Geld schöpfen, dadurch alleine Kredite zu Zinskonditionen vergeben, welche ohne Teilreserve-System nicht angeboten würden. Zu diesen günstigen Kreditbedingungen werden sich auch genügend Unternehmen finden lassen, die mittels solcher Kredite ihre eigenen Produktions-/Betriebsprozesse mittels Investitionen verbessern wollen – die Konkurrenz schläft nicht.

Doch die Ausweitung des Fremdkapitals bedeutet eine niedrige Eigenkapitalquote für das Unternehmen, die Abhängigkeit von Banken wächst, spitz ausgedrückt: Der Unternehmer ist nur noch scheinbar Herr in seinem Laden, eigentlich ist er nur noch ein besserer Geschäftsführer einer Bankbeteiligung, der Unternehmer wird zum Befehlsempfänger und Handlanger der Bank.

Dabei ist auch zu bezweifeln, ob Banken, wenn sie umfangreiche Kredite an herkömmlich arbeitende Firmen vergeben haben, einem innovativen Unternehmer zur Umsetzung der Neuerungen die benötigten Kredite gewähren. Der Erfolg des innovativen Unternehmers hätte negative Auswirkungen bezüglich der alten Kredite. Ein solches System hemmt eher die Verbesserung des Wohlstandes.

Daneben kann das Teilreservebankenkartell bei Schieflagen, also wenn eine Bank sich verzockt hat, jedoch damit rechnen, dass die Zentralbank als „lender of last resort“ (Verleiher der letzten Zuflucht) keine systemische Bank fallen lässt, sondern vielmehr mit frischem Scheingeld versorgt. Daraus folgt aber, dass in Banken ein Risikoverhalten erzeugt wird, welches bei normalen Haftungsszenarien unwahrscheinlich wäre. Auch wenn eine Bank beim Roulette „banco“ spielen würde, kann eine systemisch wichtige Bank darauf hoffen, beim Verlieren von der Zentralbank gerettet zu werden.

Die o. g. Inflationierung der Geldmenge per Staatsanleihe ist das profunde Mittel der Politik, um zu mehr Geld zu kommen. Nur dadurch, durch diese staatlich organisierte Kriminalität (Politik, Zentralbank, Teilreservebankenkartell) in der Geldschöpfung, war und ist es den „lieben Tanten und Onkels in der Politik“ möglich, die Versprechungen, die regelmäßig in Wahlkampfzeiten gemacht werden, auch zu finanzieren. Leider merken die Bestochenen i. d. R. den Schwindel nicht oder zu spät. Sie meinen, vom Staat Wohltaten zu erhalten. Dabei kann jede Staatsausgabe nur mit Steuern oder Schulden bezahlt werden: Steuern zahlen die „Wohltatenempfänger“ eben auch und die Schulden irgendwann auch, z. B. wenn der Staat insolvent wird und seine Anleihen nicht zurückzahlt⁶⁴.

⁶⁴ Frédéric Bastiat brachte dies schon im 19. Jahrhundert auf den Punkt: „Der Staat, das ist die große Fiktion, dass jedermann auf Kosten von jedermann leben kann.“

Jedoch nur in solchen Papiergeldexperimenten mit staatlichem Zwangsgeld durch die Kumpanei „Politik, Zentralbank, Teilreservebankenkartell“ sind die sog. sozialen Wohltaten, also der wuchernde Wohlfahrtsstaat, zu finanzieren.

In immer mehr persönliche Bereiche hinein diktieren die „Wohlfahrtsstaatler“ das Leben. Die gesellschaftlichen Funktionen der Familien werden gezielt ausgehöhlt, z. B.:

- Schulzwang, statt Bildungspflicht;
- Kinderkrippen, -horte und -tagesstätten, statt Familienleben.

Die Möglichkeiten der Indoktrinationen durch die Politik werden immer weiter ausgebaut⁶⁵, mit dem Ergebnis: „Je mehr staatlich-demokratisch-parlamentarische Erziehung, umso weniger Bildung“. Gerade in funktionierenden Familien sahen und sehen⁶⁶ z. B. von Hayek, Václav Klaus oder Lord Acton eine wertvolle Institution, weil Eltern die Kinder auf ein gutes Leben besser vorbereiten können als jede staatliche Institution. Václav Klaus z. B. sagt: „Die Familie ist die ursprüngliche und natürliche Institution, welche dem Menschen Liebe und Gefühl vermittelt und die seine Beziehungen zur Umgebung formiert. Sie lehrt ihn moralische Gefühle und grundlegende menschliche Werte. Sie unterdrückt seine angeborene Selbstsucht und prägt ihm Sinn für Pflicht und Verantwortung zum Nächsten ein.“ Lord Acton meinte in diesem Zusammenhang über den Menschen: „Je höher das Gefühl für Verantwortung und Pflichtbewusstsein ist, desto mehr ist er frei.“ Diese Keimzelle der Freiheit wird vom Staat gezielt ausgehöhlt und zersetzt.

Staatliche Enteignungs-, Freiheits-, Wohlstandsvernichtungs- und Krisenverursachungspolitik sind die Folge der hemmungslosen Scheingeldverbreitung im Verein mit ausufernden Staatsschulden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das staatliche Geld- und Währungsmonopol, welches die Vordenker der sozialen Marktwirtschaft (die deutschen Neoliberalen) forderten, nicht zum gewünschten Ergebnis der Vordenker führt, weil

- staatliches Zwangsgeld schlechtes Geld ist;
- das Staatsgeldsystem ethisch defekt ist, da es die Regierungen und ihre Kombattanten auf Kosten der übrigen Bevölkerung bereichert;
- das Staatsgeldsystem chronisch inflationär ist und dadurch die Sparer enteignet;
- das Zentralbankwesen der Garant für diese chronische Inflationierung der Geldmenge ist, welche die Politik braucht um ihre unrealistischen Wahlversprechungen und Geschenke finanzieren zu können;
- das Staatsgeldsystem dadurch die verantwortliche Eigeninitiative der Bürger zerstört und sie abhängig macht von „teuren staatlichen Leistungen“;

⁶⁵ Z. B. vertritt der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) Nilo Jääskinen in seinen Schlussanträgen vom 15.07.2010 die Ansicht, dass der Artikel 6 GG (Schutz von Ehe und Familie) gem. EU-Recht ungültig ist.

Der Ausschuss für ‚Bildung und Kultur‘ des Europäischen Parlaments hat die weitere Schwächung der Elternrechte bei der frühkindlichen Erziehung ihrer Kinder beschlossen: Eltern wird nur noch eine untergeordnete Rolle im staatlichen Erziehungssystem zugewiesen.

Birgit Kelle kommentierte richtig: „Feindbild: Glückliche Mutter“. (Quelle: Internet-Zeitung „freiewelt“.

⁶⁶ Folgende Zitate aus Kromka, Franz: Markt und Moral: Neuentdeckung der Gründerväter. Grevenbroich 2008.

- sich durch die stetige Verschlechterung des Geldwertes menschliche Verhaltensmuster ändern. Dies ist ursächlich bedingt durch die Politik:
 - Herkömmliches Sparen wird dumm und das Verschulden wird rational.
 - Es wird kein Eigentum auf breiter Front gebildet, sondern das Gegenteil ist der Fall;
- das Staatsgeldsystem langfristig die Tauschmittelfunktion des Geldes zersetzt, Geld immer weniger zur Recheneinheit wird und nicht weiter der Wertaufbewahrung dient. Auch die Signalfunktion des Preissystems als Basis einer vernünftigen Wirtschaftsrechnung wird verzerrt;
- Staatsgeldsystem und Zentralbankwesen für die Wirtschaftskrisen, z. B. für die Weltwirtschaftskrise von 1929, für die Subprime-Krise, für die sog. Weltfinanzkrise und auch für die Spekulationen gegen den Euro-Raum verantwortlich sind. Die konjunkturellen Krisen sind regelmäßig das Ergebnis der beiden Eckpfeiler der staatlichen Geldpolitik, und diese heißen ‚Staatsmonopolistisches Zwangs-Papiergeld‘ und ‚Zentralplanwirtschaftliches Zinsdiktat‘;
- das Teilreserve-Banksystem mit der Zentralbank als „lender of last resort“ (dem Verleiher der letzten Zuflucht) ein für die Regierungen unbedingt notwendiges Instrument in Sachen „Enteignungs- und Freiheitszerstörungspolitik“ ist.

Ein Staatsgeldsystem lädt Regierungen immer zum Betrug ein. Die Geschichte des staatlichen Geldwesens ist bis auf wenige kurze Zeiträume, wie Friedrich August von Hayek dies aufzeigte, immer eine Geschichte von Lug und Trug gewesen⁶⁷. Dies ist zwar schon seit dem Mittelalter (Nicolas von Oresme) bekannt, ist aber den meisten Mitbürgern leider kaum bewusst. Der verstorbene Schweizer Privatbankier Ferdinand Lips hatte einmal zum heutigen Staatsgeldsystem/Zentralbankwesen gesagt:

„Zum ersten Mal in der Geschichte ist alles Geld der Welt von nichts gedeckt. Das ist das übelste System, das je von Menschenhand erfunden wurde.“

Um dieses Übel aus der Welt zu schaffen, plädieren Autoren wie Baader, von Hayek, Hochreiter, Hülsmann, Polleit, von Prollius u. a. für die Abschaffung des Staatsgeldsystems, des Teilreserve-Banksystems und der Zentralbanken. Das Geld soll dem Markt, wo es – wie weiter oben gezeigt – entstanden ist, zurückgegeben werden.

Alle Sonderrechte der Zentralbanken und Teilreservebanken sollen abgeschafft werden. Mitnichten leben wir dann im Paradies – wir hätten weiter Probleme, alte und neue –, aber etliche und fürchterliche Probleme, die wir heute durch das staatliche Zwangsgeldsystem haben, würden dann wegfallen.

Schlussbemerkungen

Wenn ein Gespräch bis zu diesen Punkten gediehen ist bzw. überhaupt andauert, dann werde ich regelmäßig gefragt: „Bis jetzt haben wir nur Kritik gehört. Gibt es denn auch Lösungen? Wie soll z. B. eine Verfassung getrimmt sein, damit Politik und Parteien keinen Missbrauch in der aufgezeigten Art und Weise treiben können?“

⁶⁷ Friedrich August von Hayek: „Überall und zu allen Zeiten waren die Regierungen die Hauptursache der Geldentwertung“

Regelmäßig antworte ich dann, dass ich keine Verfassung kenne, welche dies leistet; genauso sähe dies z. B. auch Roland Baader. Die Verfassung, welche mir persönlich zumindest in Teilen sehr sympathisch sei, dies ist die Verfassung der Südstaaten-Konföderation.

Hier werde ich sehr oft unterbrochen, und es wird dann persönlich und beleidigend⁶⁸. Sollte man mich weiterreden lassen, dann versuche ich klarzumachen, dass die Sezession rechtens war, denn nach Ende des Sezessionskrieges wurde Jefferson Davis als Präsident der Konföderation des Hochverrates angeklagt. Beim Prozess waren etliche europäische Beobachter anwesend, so dass der siegreiche Norden sich keinen Schauprozess leisten konnte. Jefferson Davis verteidigte sich nur mit der Verfassung der USA und deren – bis 1860 in allen Teilen der USA überwiegend akzeptierten – Auslegung bezüglich der Rechte der Einzelstaaten. Viele der ausländischen Prozessbeobachter erwarteten sogar zwangsläufig einen Freispruch; ein solcher wäre jedoch für den siegreichen Norden keinesfalls opportun gewesen, also wurde der Prozess auf unbestimmte Zeit vertagt und zu Lebzeiten von Jefferson Davis nicht wieder aufgenommen.

Nebenher kann ich zeigen, dass es Abraham Lincoln keineswegs um Sklavenbefreiung gegangen ist, sondern nur um den Erhalt der Union mit Ausbau der Washingtoner Zentralgewalt; die Frage war letztlich: „Sind die USA ein Staatenbund von souveränen Einzelstaaten oder ein Bundesstaat?“

Nach der Schlacht am Antietam 1862 verkündete Lincoln zwar die Emanzipationserklärung, die alle Sklaven in den Konföderierten Staaten ab dem 1. Januar 1863 für frei erklärte, falls diese Staaten bis zu diesem Stichtag nicht in den Schoß der Union zurückkehren sollten. Aber die Emanzipationserklärung galt selbstverständlich nicht für die Sklaven-Staaten der Union (Missouri, Kentucky, Maryland und Delaware).

Bei diesen Anmerkungen werden dann manchmal einige wenige Diskussionspartner doch etwas nachdenklich, so dass ich dann auch zu den Punkten kommen kann, die m. E. die Vorzüge der Verfassung der Südstaaten-Konföderation sind:

- 1- Uneingeschränktes Sezessionsrecht für jeden einzelnen Mitgliedsstaat.
- 2- Das Recht der Einzelstaaten schlägt das Recht der Zentralregierung (Nullifikationsdoktrin).
- 3- Dieses Sezessionsrecht und die Nullifikationsdoktrin zügeln an und für sich schon die Machtgelüste einer nach mehr Macht, Einfluss und Stärke strebenden Zentralgewalt.
- 4- Schutzzölle und Subventionen an private Unternehmen sind grundsätzlich untersagt.
- 5- Die allgemeine Wohlfahrtsklausel der US-Verfassung, die immer als Vorwand gedient hatte, um Zuständigkeit und Umfang der Bundesregierung auszudehnen, wurde explizit verworfen.

⁶⁸ Dann höre ich Ausdrücke wie „Freund der Sklavenhalter“, „Faschist“ und noch viele schlimme und hässliche Titulierungen. Auch bezeichnet man mich während solcher Gespräche öfters als paranoiden Traumtänzer, als krank, als Verschwörungsphantasten oder als Don Quichote.

- 6- Verfassungsänderungen – Zusätze – sind alleine den Mitgliedstaaten vorbehalten, der Zentralgewalt ist dies grundsätzlich untersagt.
- 7- Enteignungen können nur durchgeführt werden, wenn der Konföderations-Kongress mit wenigstens einer Mehrheit von zwei Drittel der stimmberechtigten Delegierten zustimmt.
- 8- Politische Parteien sind nicht gestattet. Der potentielle Delegierte solle aus seiner eigenen Kraft, der Wirkung seiner Persönlichkeit und seiner Überzeugungsfähigkeit in den Kongress gewählt werden.
- 9- Freie Bürger haben das Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen.

Auch Lord Acton⁶⁹, dem großen katholischen Liberalen des 19. Jahrhunderts, waren solche Bestimmungen sympathisch. John Caldwell Calhoun (1782-1850), der Vordenker der Konföderation und Verfasser der Nullifikationsdoktrin, hielt Lord Acton für einen der besten Denker Nordamerikas, außerdem war auch Lord Acton der Meinung, dass die Sezession der Südstaaten rechtens gem. US-Verfassung gewesen ist.

Auf die Frage, wie ich denn so etwas in unserem Staat durchsetzen wolle, antworte ich normalerweise, dass ich dies alleine sicherlich nicht kann, aber wenn die Bürger sich darauf besinnen, dass sie lt. Grundgesetz der Souverän sind und die Parteien nur an der politischen Willensbildung mitwirken sollen, dann würde sich auch in Deutschland etwas ändern lassen. Aber solange die Bevölkerung nichts tut, solange ist Gerard Radnitzky im Recht, wenn er in der BRD eine Partiokratie mit mühsam kaschierten Tendenzen zur Ideokratie sieht⁷⁰. Und es gilt was Edgar L. Gärtner anmerkte: „Der Westen ist vermutlich schon verloren. Es kommt jetzt nur noch darauf an, der Nachwelt zu dokumentieren, dass es einige Menschen gab, die das klar haben kommen sehen.“

Außerdem zeigt die Geschichte – wie Prof. Hülsmann anmerkt –, dass es natürlich möglich ist, Änderungen auf den Weg zu bringen, wie z. B.:

- China experimentierte von 960 bis 1455 mit Papiergeld und Teilreservebanken und litt wiederholt an Hyperinflation u. ä.; als Chinas politische Führung den Umlauf von Silber-/Kupfermünzen nicht weiter unterdrückte, hörten die Verwerfungen auf.
- Die amerikanischen Verfassungsväter entzogen dem Papiergeld der ehemaligen 13 Kolonien, welches rund 100 Jahre lang in diesen 13 Kolonien verwendet worden war, durch die Verfassung die rechtliche Grundlage. Und dieser Artikel 1 der US-Verfassung bietet heute 14 US-Staaten die Basis für ihre Pläne, Gold und Silber als komplementäre Zahlungsmittel neben dem US-Papiergeldollar der FED zuzulassen⁷¹.

⁶⁹ „Macht zielt darauf ab, zu korrumpieren, und absolute Macht korrumpiert vollständig. Große Männer sind fast immer schlechte Menschen, selbst dann, wenn sie Einfluss und keine Autorität ausüben: Dies trifft umso mehr zu, wenn die Wahrscheinlichkeit oder Unvermeidlichkeit der Korruption durch Autorität hinzukommt. Es gibt keine schlimmere Häresie als die, wonach das Amt den Amtsträger rechtfertigt.“ Lord Acton: Brief an Mandell Creighton, 5. April 1887.

„Die Sklaverei war nicht der Anlass der Sezession, aber der Grund ihres Scheiterns.“

⁷⁰ Radnitzky, Gerard: Das verdammte 20. Jahrhundert. Hildesheim und Zürich 2006.

⁷¹ US-Verfassung: Artikel 1, Abschnitt 10: „Kein Einzelstaat darf ... etwas anderes als Gold- oder Silbermünzen zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklären“.

- US-Präsident Andrew Jackson hob in den 1830er alle Privilegien des Teilreservebanksystems gegen den massiven Widerstand mächtiger und einflussreicher Interessengruppen auf.

Prof. Hülsmann fragt: „Warum soll dies heute nicht auch gehen?“ Grundsätzlich hätten wir die Wahl zwischen einem vernünftigen Weg und dem Weg des *Weiter-So-Unsinns* in den absoluten Totalitarismus.

Eine ziemlich unvollständige Literaturliste:

Eigentlich ist der obige Text ein Auszug bzw. ein Gemisch dessen, was ich gelesen und in den letzten mehr als 30 Jahren im Gedächtnis gespeichert habe. Dabei werden gerade in einer Diskussion auch einige Details nicht ganz korrekt sein, aber in einem Gespräch habe ich meine Bibliothek eben nicht zur Hand. Festhalten kann ich jedoch: Besonders seit 2008 bewegen sich etliche Gespräche und E-Mail-Diskussionen (solche auch mit Literaturangaben) im Rahmen des obigen Textes, oft noch erweitert um die Punkte „Kapital, Sparen, Zins und Zeitpräferenz, Investitionen, Konjunktur und mehr“.

Dabei ist es klar, dass die verschiedenen Punkte des Themas ähnlich bei Baader, Horn, von Prollius, Straubhaar u. a. zu finden sind; doch denke ich, dass einige Aspekte – nicht nur in Nuancen – von mir anders gewichtet sind.

Detaillierte Verweise auf die Literatur usw. sind im Text nur rudimentär enthalten.

Baader, Roland: Geld, Gold und Gottspieler: Am Vorabend der nächsten Weltwirtschaftskrise. Gräfelfing 2004.

Baader, Roland: Markt oder Befehl: 55 Streitschriften für die Freiheit. Grevenbroich 2007.

Baader, Roland: Geldsozialismus. Die wirklichen Ursachen der neuen globalen Depression. Gräfelfing 2010.

Blankertz, Stefan: Politik der neuen Toleranz. Wetzlar 1988.

Böhm, Franz: Entmachtung durch Wettbewerb. Münster 2007.

Böhm-Bawerk, Eugen von: Macht oder ökonomisches Gesetz? Darmstadt 1975, (Reprint der 1. Auflage von 1914).

Böhm-Bawerk, Eugen von: Kapital und Kapitalzins. Meisenheim am Glan 1961 (Nachdruck der Auflage von 1921).

Dahrendorf, Ralf (Lord): Wie sozial kann die Soziale Marktwirtschaft noch sein? 3. Ludwig-Erhard-Lecture vom 28.10.2004. Köln 2004.

Doering, Detmar: Frédéric Bastiat. Sankt Augustin 1997.

Dörrbecker, Alexander (Hrsg.): Geschichte und Freiheit. Ein Lord-Acton-Brevier. Bern 2010.

Ebinger, Susanne: Alexander Rüstow und die Soziale Marktwirtschaft. Würzburg 1988.

eigentümlich frei: verschiedene Hefte.

Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen 1952.

Eucken, Walter: Ordnungspolitik. Münster 1999.

Eucken, Walter: Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung. Münster 2001.

Fischer, Thomas: Staat, Recht und Verfassung im Denken von Walter Eucken. Zu den staats- und rechtstheoretischen Grundlagen einer wirtschaftsordnungspolitischen Konzeption. Bern 1993.

- Gässler, Gregor Fidelis: Der Ordo-Gedanke unter besonderer Berücksichtigung von Augustinus und Thomas von Aquino. Sankt Augustin 1994, (Dissertation von 1949/50).
- Giersch, Herbert (Hrsg.): Wie es zu schaffen ist. Agenda für die deutsche Wirtschaftspolitik. Stuttgart 1985 (3. Auflage).
- Goldschmidt, Nils / Wohlgemuth, Michael (Hrsg.): Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik. Tübingen 2008.
- Greiß, Franz und Meyer, Fritz W. (Hrsg.): Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Festgabe für Alfred Müller-Armack. Duncker & Humblot, Berlin 1961
- Grossekettler, Heinz: Die Wirtschaftsordnung als Gestaltungsaufgabe. Entstehungsgeschichte und Entwicklungsperspektiven des Ordoliberalismus nach 50 Jahren Sozialer Marktwirtschaft. Münster 1997.
- Hahn, Roland: Marktwirtschaft und Sozialromantik. Die programmatische Erneuerung des Liberalismus in Deutschland unter dem Einfluß der Ideen Wilhelm Röpkes und Alexander Rüstows. Egelsbach 1993.
- Haselbach, Wilhelm: Autoritärer Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft – Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus. Baden-Baden 1991.
- Hayek, Friedrich August von: Preise und Produktion. Berlin 1976, (Reprint der 1. Auflage von 1931).
- Hayek, Friedrich August von: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze. Tübingen 1969.
- Hayek, Friedrich August von: Entnationalisierung des Geldes. Eine Analyse der Theorie und Praxis konkurrierender Umlaufmittel. Tübingen 1977.
- Hayek, Friedrich August von: Die Anmaßung von Wissen. Neue Freiburger Studien. Tübingen 1996.
- Hegner, Jan: Alexander Rüstow. Ordnungspolitische Konzeption und Einfluss auf das wirtschaftspolitische Leitbild der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland. Kornwestheim 2000.
- Hennecke, Hans Jörg: Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung. Stuttgart 2005.
- Hensel, Karl Paul: Grundformen der Wirtschaftsordnung. München 1978.
- Hochreiter, Gregor: Krankes Geld - Kranke Welt. Analyse und Therapie der globalen Depression. Gräfelfing 2010.
- Holzwarth, Fritz: Ordnung der Wirtschaft durch Wettbewerb. Entwicklung der Ideen der Freiburger Schule. Freiburg i. 1985.
- Horn, Karen Ilse: Soziale Marktwirtschaft. Frankfurt/M. 2010.
- Horn, Karen Ilse: Diesseits von Angebot und Nachfrage. Einige Anmerkungen zur Überdehnung des Gegensatzes zwischen Markt und Moral. 5. Wilhelm-Röpke-Vorlesung vom 10. Februar 2011. HWWI 2011.

Hotze, Andrea: Menschenbild und Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft: A. Rüstow, W. Röpke, A. Müller-Armack und ihre Konzeption einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach dem Maße des Menschen. Hamburg 2008.

Huerta de Soto, Jesús: Geld, Bankkredit und Konjunkturzyklen. Kornwestheim 2011.

Hülsmann, Jörg Guido: Die Logik der Währungskonkurrenz. Ein Versuch auf der Grundlage einer Kantischen Interpretation von Unsicherheit und Institutionen. Essen 1996.

Hülsmann, Jörg Guido: Die Ethik der Geldproduktion. Waltrop 2007.

Institut für Wertewirtschaft: verschiedene Analysen und Scholien.

Kirchgässner, Gebhard: Wirtschaftspolitik und Politiksystem; in Cassel, Dieter / Ramb, Bernd-Thomas / Thieme, Hans Jörg (Hrsg.): Ordnungspolitik. München 1988.

Klausinger, Hansjörg (Hrsg.): Machlup, Morgenstern, Haberler, Hayek und andere. Wirtschaftspublizistische Beiträge in kritischer Zeit (1931-1934). Marburg 2005.

Kromka, Franz: Markt und Moral: Neuentdeckung der Gründerväter. Grevenbroich 2008.

Lachmann, Werner: Wirtschaft und Ethik: Maßstäbe wirtschaftlichen Handelns aus biblischer und ökonomischer Sicht. Münster 2006.

Laum, Bernhard: Heiliges Geld: Eine historische Untersuchung über den sakralen Ursprung des Geldes. Berlin 2006, (Reprint der Auflage von 1924).

Lüder Gerken (Hrsg.): Walter Eucken und sein Werk - Rückblick auf den Vordenker der sozialen Marktwirtschaft. Tübingen 2000.

Machlup, Fritz: Führer durch die Krisenpolitik. Frankfurt/M. 2000, (Reprint der 1. Auflage von 1934).

Mises, Ludwig von: Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel. München und Leipzig 1924.

Mises, Ludwig von: Kritik des Interventionismus. Darmstadt 1976, (Reprint der 1. Auflage von 1929).

Mises, Ludwig von: Vom Wert der besseren Ideen. Sechs Vorlesungen über Wirtschaft und Politik. Bonn 1983.

Mises, Ludwig von: Im Namen des Staates oder Gefahren des Kollektivismus. Bonn, 1978.

Mises, Ludwig von: Die Wurzeln des Antikapitalismus. Frankfurt/M. 1979.

Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft; in: Ausgewählte Werke (Band: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik). Bern 1976.

Öfele, Martin: Jefferson Davis. Ein Leben für die Überzeugung. Wyk auf Föhr 1997.

Nicolas von Oresme: Traktat über Geldabwertungen. De Mutatione Monetarum Tractatus. Berlin 2001.

Ordo-Jahrbuch – verschiedene Jahrgänge.

Polleit, Thorsten und Prollius, Michael von: Geldreform: Vom schlechten Staatsgeld zum guten Marktgeld. Grevenbroich 2010.

Popper, Karl Raimund: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bern 1980, 6. Auflage (englische 1. Auflage 1946/50).

Prollius, Michael von: Die Pervertierung der Marktwirtschaft. Der Weg in die Staatswirtschaft und zurück zur Sozialen Marktwirtschaft. München 2009.

Prollius, Michael von (Hrsg.): Herrschaft oder Freiheit? Ein Alexander-Rüstow-Brevier. Bern 2007.

Quaas, Friedrun: Soziale Marktwirtschaft. Wirklichkeit und Verfremdung eines Konzepts. Bern 2000.

Radnitzky, Gerard: Das verdamnte 20. Jahrhundert. Erinnerungen und Reflexionen eines politisch Unkorrekten. Hildesheim und Zürich 2006.

Reisman, George: Staat contra Wirtschaft. München 1982.

Röpke, Wilhelm: Civitas Humana. Bern 1979, 4. Auflage.

Röpke, Wilhelm: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart. Bern 1979, 6. Auflage.

Röpke, Wilhelm: Gegen die Brandung. Erlenbach-Zürich 1959.

Röpke, Wilhelm: Jenseits von Angebot und Nachfrage. Bern 1979, 5. Auflage.

Röpke, Wilhelm: Maß und Mitte. Erlenbach-Zürich 1950.

Roser, Traugott: Protestantismus und Soziale Marktwirtschaft. Eine Studie am Beispiel Franz Böhms. Münster 1998.

Rothbard Murray N.: Das Schein-Geld-System. Gräfelfing 2005.

Rüstow, Alexander: Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus. Das neoliberale Projekt. Marburg 2001 (Nach der 2. Auflage 1950 überarbeitete und kommentierte 3. Auflage mit Register und Übersetzungen der französischen, lateinischen und griechischen Zitate).

Rüthers, Bernd: Die unbegrenzte Auslegung: Zum Wandel der Privatrechtsordnung im Nationalsozialismus. Tübingen 2005 (6. Auflage, um ein Nachwort erweitert).

Schwarz, Gerhard: Liberalismus trotz allem. Eine Handvoll Bemerkungen zum Umgang mit der Gegenreformation der Staatsanbeter. 3. Wilhelm-Röpke-Vorlesung vom 12. Februar 2009. HWWI 2009.

Skwiercz, Sylvia Hanna: Der Dritte Weg im Denken von Wilhelm Röpke. Würzburg 1988.

Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen. München 1978.

Somary, Felix: Krisen und Zukunft der Demokratie. Autorisierter Nachdruck der 2. Auflage. München o. J. (1984).

Straubhaar, Thomas: Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als die soziale Marktwirtschaft. 1. Wilhelm-Röpke-Vorlesung vom 12. Februar 2007. HWWI 2007.

Triesch, Günter: Gewerkschaftsstaat oder sozialer Rechtsstaat. Stuttgart 1974.

van den Haag, Ernest: Marktfeindschaft warum? München 1981.

Verlag für Amerikanistik: Amerikanistik Magazin und Buchreihe „Nord und Süd“ (verschiedene Hefte und Bücher, insbesondere mit Texten zur Verfassungs- und Sezessionsfrage).

Weede, Erich: Unternehmerische Freiheit und Sozialstaat. Jena 2008.

Wittreck, Fabian: Geld als Instrument der Gerechtigkeit. Die Geldrechtslehre des Hl. Thomas v. Aquin in ihrem interkulturellen Kontext. Paderborn 2002.

Zieschang, Tamara: Das Staatsbild Franz Böhms. Kornwestheim 2003.

Kurze Übersicht zum Inhalt:

<i>Wie sich die Zeiten gleichen</i> – Rückblick auf 1929 mit Folgejahren	Seite	2
<i>Neoliberalismus</i> – wie der Begriff entstanden ist	Seite	3 – 5
<i>Die deutsche neoliberale Konzeption</i> – die soziale Marktwirtschaft	Seite	5 – 9
Wann und Wie	Seite	5
Ordnungspolitische Grundsätze und Eckpunkte	Seite	6 – 8
Die Aufgaben der Prozesspolitik	Seite	9
<i>Das zwangsläufige Scheitern des deutschen neoliberalen Projekts</i>	Seite	9 – 27
Erhard versus Müller-Armack	Seite	9 – 10
Einschub: Was der Markt leistete durch die Industrialisierung	Seite	10 – 12
Kritik an der realen Ordnungspolitik	Seite	12 – 13
Kritik an der realen Prozesspolitik	Seite	13 – 16
Verwerfungen, durch das staatliche Geld-/Währungsmonopol	Seite	16 – 24
<i>Schlussbemerkungen</i>	Seite	24 – 27
<i>Eine ziemlich unvollständige Literaturliste</i>	Seite	28 – 32